

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pfg. incl. Post-
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7078.
 Unter Kreuzband für Ostpreußen und
 Ostpreußen-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 netze oder deren Raum 40 Pfg., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Insetrate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Anzeigenpreis: Amtl. Nr. 1808.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 17. August 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Bäuerlicher Staatssozialismus.

Die Ausbreitung der sozialistischen Ideenwelt tritt in zweifacher Weise in Erscheinung. Einerseits dokumentiert sie sich in dem Wachstum der sozialdemokratischen Partei; andererseits vollzieht sie sich in der Durchdringung unserer Partei verkorrender Schichten mit sozialistischen Ideen. Wir meinen hier weniger die Aufnahme einzelner sozialdemokratischer Gegenwartsforderungen in die Parteiprogramme bürgerlicher Parteien, als vielmehr das Eindringen sozialistischer Zukunftsvorstellungen in die Köpfe von Nichtsozialdemokraten. Am wenigsten widerstandsfähig gegen das Eindringen sozialistischer Dogmen erweisen sich naturgemäß die Kreise, die nicht direkt an der kapitalistischen Wirtschaftsform engagiert sind. Die Beamten, Gelehrten und Geistlichen um Raumam legen Zeugnis dafür ab.

Aber auch der bäuerliche Mittelstand verhält sich wesentlich sozialistischen Ideen gegenüber nicht abweisend. Von der Partei des besitzlosen Proletariats trennt ihn zur Zeit noch sein Besitz- und Standesbewusstsein, das in der engen Sphäre des Dorflebens sich besonders kräftig entwickelt. Auch läßt ihm der sozialdemokratische Ansturm gegen den Industriebourgeoisismus, der ihn ja nicht unmittelbar bedrängt, ziemlich kalt. Viel unmittelbarer ist er an dem Kampf gegen den kommerziellen und insbesondere den Bank- und Börsenkapitalismus interessiert. Hier wird ihm der Sozialismus schmackhaft.

Ein typischer Vertreter dieses der Sozialdemokratie befehdenden und dabei vom Sozialismus angeführten mittleren Bauernthums ist der Reichstags-Abgeordnete Köhler, Bauer und Bürgermeister zu Langsdorf in Hessen. Wer Herrn Köhler nur aus dem Reichstags-Tagebuch kennt, der kennt ihn nicht. Denn dort läßt er sich nur höchst selten blicken. Er kam die preussischen Junker nicht vertragen und sein Fraktionsgenosse Liebermann von Sonnenberg ist ihm der größte Greuel. Aber im hessischen Landtag, da ist der Langsdorfer Bürgermeister zu Hause; dort findet er zahlreiche Amts- und Berufs-kollegen, unter denen er sich als Mensch und Politiker wohl fühlt, und es vergeht kaum ein Sitzungstag, an dem nicht ein neuer „Antrag Köhler-Langsdorf“ geboren wird.

Diese Anträge sind einer näheren Betrachtung wert. In ihnen formuliert der Führer der hessischen Bauernschaft nicht nur seine jeweiligen Forderungen an die Landesregierung; er bemutet dieselben auch, um in „Begründungen“ und „Nachschriften“ seine ganze Wirtschaft- und Weltanschauung niederzulegen. Greifen wir einige davon heraus.

Herr Köhler beantragt: „Es soll Prinzip sein, daß jede im Lande zum Verkauf kommende Mühle, jede verlässliche Wasserkraft vom Staate aufgekauft und je nach Umständen entweder zur landwirtschaftlichen Bewässerung oder zur Erzeugung der Elektrizität von Staatswegen verwendet werde.“

Die landwirtschaftliche Bewässerung soll, einem früheren Antrag gemäß, nach einem grob angelegten Plan für das ganze Großherzogtum durch Thalperren, Kanäle, Schleusen u. s. w. durchgeführt werden. — Die Elektrizität aber ist nach einem anderen Antrag vom Staate zur Durchführung eines Regels elektrischer Straßenbahnen von Landort zu Landort zu benutzen. Zu diesem Behufe soll der Staat auch seine Hand auf alle Kohlenlager legen. Herr Köhler verlangt nichts weniger als das volle „Staatsmonopol auf elektrische Kraftquellen“.

Zur Veranschaulichung der Ideenwelt, aus der diese weitgreifenden Forderungen entspringen, mag ein Absatz der „Begründung“ dienen, die Herr Köhler seinem erst-erwähnten Antrag mit auf den Weg gegeben hat. Er sagt: „Das nächste Jahrhundert wird unter dem Zeichen der Elektrizität stehen, so wie dem jetzt bald zum Abschluß gelangenden 19. Jahrhundert die Dampfkraft als Signatur gegeben war. Ebenso aber wie am Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts, so scheint auch jetzt wieder der bürokratische Staat den Fortschritten der Zeit und Wissenschaft gegenüber — weil dies nicht in seine Schablone paßt — theilnahlos sich verhalten zu wollen. Wie er damals es gewähren ließ, daß Rothschild und andere Geldjuden durch Anlage der Eisenbahnen sich Millionen und aber Millionen in die eigene Tasche spielten, dabei noch unterstützt seitens der Staaten durch übernommene Jinsgarantien, so scheint er auch diesmal wieder, ganz ebenso ohne alles Verständnis, ohne Voraussicht der Dinge, die da sicher kommen werden, der allgemeinen Einführung der Elektrizität in den Dienst der Völker, gegenüberzutreten und abzuwarten zu wollen, bis der Geldteufel Säckel gefüllt ist. Dann mag ja wieder — wie heute beim Eisenbahnwesen — unter ungeheurem Kostenaufwand, unter kolossaler Belastung des Volkes und zum hauptsächlichsten Nutzen einiger weniger Milliardäre die Verstaatlichung der Elektrizitäts-Erzeugung langsam herantreten.“

Es ist ein glaubensstarker Staatssozialismus, der aus diesen Sätzen spricht. Die Regierung hat die seitherige Entwicklung des Kapitalismus verschuldet, die Regierung muß darum die zukünftige Wirtschaftsentwicklung anders gestalten. Von demselben Staat, der „ohne alles Verständnis, ohne Voraussicht der kommenden Dinge“ seither gewirtschaftet hat, wird erwartet, daß er nun „bei Zeiten, weise, und mit voraussehendem Blick den kommenden Dingen begegnet.“ Auch in seinen Reden hat Herr Köhler die Bureaucraten der Regierung mit oberheffischer Bauerngröbheit herunter, und doch weist er ihnen vertrauensvoll die Durchführung weitgreifender staatssozialistischer Forderungen zu.

Ein weiterer Plan des Herrn Köhler zielt auf die einheitliche Organisation der gesammten besitzenden Bauernschaft auf der Grundlage obligatorischer Orts-genossenschaften, die sich durch gewählte „Bauernmeister“ zu Genossenschaften zu verbinden haben. Die letzteren sollen die eigentlichen Unternehmer und Leiter der größeren geschäftlichen Tätigkeit der Bauerngemeinden sein. Diese soll sich erstrecken auf: „Gemeinschaftliche Uebernahme von Ein- und Verkauf, Verwertung u. s. w. von landwirtschaftlichen Produkten oder in der Landwirtschaft zu gebrauchenden Gegenstände u. s. w.“; ferner auf „Errichtung von Fruchtlagern, Beschaffung von Verkehrsmitteln, Verkehrsgelegenheiten, Ausnutzung des Marktes, Einrichtung von Anlagen zur gemeinschaftlichen Ausnutzung vor-

handener Naturkräfte durch Ueberführung derselben in Elektrizität, in Dampfkraft u. s. w., gemeinschaftliche Ausnutzung der öffentlichen Gewässer zu Bewässerungszwecken u. s. w. u. s. w.“

Die Genossenschaften schließen sich zu dem Landesverband zusammen, an dessen Spitze drei gewählte Mitglieder stehen, die der landwirtschaftlichen Abteilung des Ministeriums beigeordnet sind. Die bereits vorhandenen privaten und staatlichen Organisationen sollen in den einen Gesamt-Organismus eingefügt werden.

Diese bäuerliche Zwangsorganisation unterscheidet sich vorteilhaft von den landwirtschaftlichen Zwangsvereinigungen durch die ihr zugewiesenen betrieblichen Fortschrittsbestrebungen. Die isolierten landwirtschaftlichen Klein-, Mittel- und Großbetriebe sollen sich zu Wirtschaftskörperschaften vereinen, denen alle die betrieblichen Funktionen zu übertragen sind, deren Bergemeinsamung technische und kommerzielle Vorteile bringt.

Auch in bezug auf eine rationelle Bodengestaltung durch Feldvereinerung, Begrenzung u. c. geht Herr Köhler auf ganz. Das heutige, im wesentlichen der Initiative der Gemeinde überlassene Verfahren ist ihm zu langsam und zu verzettelt. Auch hier soll die Gesamtheit beschleunigend eingreifen und die lokalen Widerstände brechen. Den Hauptwiderstand verschulden die hohen Kosten. Darum beantragt Herr Köhler, der Staat solle mindestens „die größere Hälfte“ derselben übernehmen. Dazu ist die Allgemeinheit verpflichtet, denn — ihr gehört ja der Boden! In der „Begründung“ sagt der hessische Bauernführer wörtlich: „Wirtschaftlicher Besitz des Grund und Bodens ist doch eigentlich nur die Allgemeinheit, das ganze Volk, weß Standes es auch sei.“ Und weiter: „Geschlechter kommen, Geschlechter gehen, doch beide bleiben beständig: das Volk und der Ackerboden. Das ganze Volk ist in Wirklichkeit durch die Jahrhunderte der eigentliche Besitzer des Bodens, und nur im einzelnen wechseln in rascher Folge die Eigentums-Verhältnisse. Der Besitz des Einzelnen am Boden ist zeitlich, der Besitz des Volkes am Gesamtboden ist ewig.“

Diese Prämissen lassen sich hören und man könnte recht hübsche Schlüsse daraus ziehen. Aber Herr Köhler ist ein „schöner Bauer“; darum begnügt er sich mit der Folgerung: „Also kann man dem jeweiligen Besitzer zwar die Kosten für Düngen, Pflügen und Säen zumuten, denn das bringt ihm in Jahresfrist die Ernte.“

„Das ist zeitlich.“ Aber Meliorationen, Wasserungsanlagen u. s. w. überbauern die Geschlechter. „Sie sind sozusagen ewig“. Sie kommen weniger dem ersten Besitzer, als dem Nachfolger zu gute, und „sowohl hinter dem Urhabe, als auch hinter dem Urentel verschwindet die Einzelperson im Volke, in ihrer weiteren Familie“. Ergo muß „die weitere Familie“, d. h. der Staat, sie bezahlen.

In der „Logik“ dieser Beweisführung liegt zugleich die beste Kritik dieses „Bauernsozialismus“, der nimmt, was er kriegen kann, und liegen läßt, was ihm nicht schmeckt. Sozialismus ohne soziale Gesinnung!

Dafür ermangelt er nicht der Poesie. Herr Köhler schließt, nachdem er dem mobilen Kapital die Pflichten zugeschoben hat, „mitzuhelfen am nationalen Werke der Landwirtschaft“ mit folgenden Ausblick:

„Wir stehen am Scheidewege! Der eine führt uns durch Handel und Industrie, durch Zucker, Schacher und Militarismus zum Abgrund und zum Verderben; der andere aber durch grüne und blühende Felder, Wälder, Wiesen und Auen zu Frieden und Wohlstand. Wählen wir diesen!“

Wie verlockend! Aber leider ist das „Wählen“ nicht so leicht, von wegen gewisser wirtschaftsgeschichtlicher Bedingungen und Notwendigkeiten. Die machen Herrn Köhler allerdings keine Kopf-schmerzen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 16. August.

Der Kampf gegen das Reichstags-Wahlrecht wird lustig fortgesetzt. Heute ist es die „Aölnische Zeitung“, die drei Spalten mit Angriffen auf diese Grundlage der deutschen Reichsverfassung füllt. Allgemein, geheim und direkt soll das Wahlrecht weiter verbleiben, aber es soll nicht mehr „gleich“ für alle Staatsbürger bleiben. Es ist doch schön, daß die Gegner des Reichstagswahlrechts so verschiedene Wünsche äußern; die einen wollen das gleiche, die anderen das geheime, die dritten das allgemeine und die vierten das direkte Wahlrecht abschaffen, andere wollen die Altersgrenze erhöhen, wieder andere einen längeren Aufenthalt am Wahlorte als Vorbedingung fordern. Einig sind sie aber alle, daß das bestehende Reichstags-Wahlrecht geändert werden soll, und wenn sie die Macht hätten, ihren Wunsch durchzusetzen, würden die schönen Seelen sich über das „wie“ leicht einigen. Wir meinen, die Gefahr ist keine große für den Augenblick, aber die unerdrossene Miniarbeit der Umstürzler von oben verdient doch mit peinlichster Aufmerksamkeit verfolgt zu werden. —

Unsere Kritik der Denkschrift des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund hat die „Berliner Neuesten Nachrichten“, die von schlesischen Bergwerksbesitzern finanziell ausgehalten werden, in die postfremde Wuth versetzt. Auf unsern Hinweis, an den grünen Tischern Preußens könne man sich versichert halten, daß die Schaaeren unserer Anhänger in den Kohlenbezirken ins riesenhafte anschwellen würden, wenn das preussische Gesamtministerium dem in der Denkschrift gestellten Begehren nachgeben sollte, bemerken die „Berliner Neuesten Nachrichten“:

„Die echte Sprache der Sozialdemokratie, wie sie seit 1890 durch die phantastische übertriebenen Wohlhabensbestrebungen“ der Behörden hervorgerufen worden und üblich geblieben ist. Der „Vorwärts“ droht mit den Massen, wenn die „grünen Tisch“ der Sozialdemokratie nicht zu Willen sind. Leider ist im Laufe der Jahre eine nicht geringe Anzahl „grüner Tisch“ an diesem sozialdemokratischen Leim hängen geblieben.“

Dieses Eingeständnis ist köstlich. Noch köstlicher ist aber, daß dieselben „Berliner Neuesten Nachrichten“, die, wie schon bemerkt, von schlesischen Bergwerksbesitzern finanziell ausgehalten werden, nicht wissen, daß durch die Mißachtung der sozialdemokratischen Bestrebungen, die man an der Mehrzahl der grünen Tischern Preußens aus Angst vor König Stumm und anderen Kapitalgrößen förmlich sportmäßig betreibt, die Zahl unserer Anhänger speziell in den schlesischen Grubenbezirken tatsächlich schon ins riesenhafte angeschwollen ist. Beispielsweise betragen die sozialdemokratischen Stimmen in dem Kreise Kattowitz-Jabrze bei der Reichstagswahl im Jahre 1893 nur 646, bei der Wahl in diesem Jahre aber über neuntausend mehr.

Gerade in diesem Kreise giebt die Bergbau-bevölkerung bei der Wahl den Ausschlag; sie ist es, die für uns gestimmt hat, und sie stimmt sozialdemokratisch, weil sie durch die jammervollen Verhältnisse in den Gruben, die noch um ein bedeutendes schlechter sind, als selbst die in den Gruben Rheinland-Westfalens, umgekommen ist, daß sie sich nur durch den Anschluß an die Sozialdemokratie aus ihrem schrecklichen Elend erlösen könne.

Um das Auftreten der Zechenbesitzer und ihrer Presse voll ermessen zu können, muß man sich aber erinnern, daß die Forderung der Heranziehung von Arbeiterdelegierten zur Grubeninspektion, gegen die sich der Ansturm dieser Ausbeuterlitte richtet, nicht nur von den sozialdemokratischen Bergleuten, sondern auch von dem katholischen Gewerkverein der Bergleute verlangt wird, was deutlich genug zeigt, daß es sich eben um eine aus rein beruflichen Gründen als notwendig erachtete Forderung handelt.

So wenig die Zechenbesitzer von Arbeiterangelegenheiten verstehen, so dumm sind sie nicht, um selbst zu glauben, daß die Forderung, Arbeiterdelegierte zur Grubeninspektion heranzuziehen, eine Kraftprobe der Sozialdemokratie sein solle. Ihre Zurüst vor dieser Verbesserung des Arbeiterstandes muß einen anderen Grund haben. Wir finden ihn in der durch die Höhe der Unfallschiffer des preussischen Bergbaues begründeten Annahme, daß, wie schon gestern gesagt, die Zechenbesitzer in ihren Gruben Dinge zu verbergen haben, die ans Licht der Öffentlichkeit gezogen zu sehen sie um jeden Preis verhindern müssen.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ behaupten natürlich, die Zechenbesitzer hätten „nichts“ zu verheimlichen.

Zum Schluß schreibt das Blatt: „Kann das Ministerium überhaupt noch einen Augenblick schwanken, welche Stellung es einzunehmen hat, dann wäre es überhaupt richtiger, die hier in betracht kommenden Ressorts gleich an die Herren Bebel, Liebknecht u. s. w. zu vertheilen. Gerade unmittelbar vor den Landtagswahlen steht die Regierung sich vor einem Scheidewege gestellt. Nachdem die Phantastien von 1890 so gründlich Schiffsbruch gelitten, ist nicht anzunehmen, daß sich in Preußen ein Minister finden könne, der diesen schlüpfrig abschüssigen Weg noch einmal betritt. Hier hat nicht der Ressortminister, sondern der Staatsminister und die Gesamtheit des Staatsministeriums zu entscheiden, das sich darüber wird schlüssig machen müssen, ob der Moment zur Abdankung vor der Sozialdemokratie bereits gekommen ist.“

Im Jahre 1890 entschloß sich der Kaiser zu den Februar-Erlassen, worin besonders der Anspruch der Arbeiter auf Vertretung ihrer Interessen durch Personen ihres Vertrauens anerkannt war. In den Bahnen dieser Erlasse bewegt sich die Forderung der Bergleute, Arbeiterdelegierte zur Grubeninspektion heranzuziehen. Wenn das preussische Gesamtministerium den Wunsch der Zechenbesitzer erfüllen sollte, dann wäre dies die vollständige Preisgabe gerade des hervorragendsten Gedankens der kaiserlichen Erlasse vom Jahre 1890. —

Die Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke in Preußen vom 1. April 1896 bis 31. März 1897. Im ganzen preussischen Staate kamen nach einer in der „Statistischen Anstalt“ veröffentlichten Zusammenstellung von vorbestimmten Grundstücken zur Zwangsversteigerung:

Ges.-Fläche in Hektar		Ges.-Fläche in Hektar	
1886/87	2 070 mit 110 063	1892/93	2 200 mit 89 266
1887/88	2 355 „ 81 681	1893/94	1 998 „ 69 327
1888/89	2 446 „ 81 280	1894/95	1 506 „ 60 287
1889/90	2 014 „ 61 801	1895/96	1 834 „ 67 259
1890/91	2 220 „ 55 310	1896/97	1 517 „ 61 107
1891/92	1 536 „ 62 351		

Der Umfang der Versteigerungen schwankt also seit 1889/90 wenig; nur das Jahr 1892/93 geht erheblich über den Durchschnitt hinaus. Die Zahl der Versteigerungen ist auch seit 1889/90 im allgemeinen noch zurückgegangen. Am niedrigsten ist die Zahl im Jahre 1896/97, der Umfang im Jahre 1890/91, am höchsten beide im Jahre 1886/87. Regelmäßig entfallen gegen 60 pCt. im letzten Jahre sogar 64,46 pCt. der versteigerten Fläche auf Grundstücke von mehr als 200 ha Gesamtfläche. Wie in den Vorjahren, so waren an der Gesamtheit der Versteigerungen vorzugsweise die Ostprovinzen beteiligt, und zwar Brandenburg mit 20 968, Posen mit 8818, Schlesien mit 7397, Westpreußen mit 7037, Pommern mit 6837, Ostpreußen mit 6783 ha, die „ostelbischen“ Gebiete zusammen mit mehr als 65 000 ha, so daß für ganz Nord- und Westelbien eine geringere versteigerte Fläche übrig blieb als für jede der „ostelbischen“ Provinzen. —

Einen schweren Verlust gegen den heiligen Spiritus der Ostelbien hat sich die illustrierte landwirtschaftliche Zeitung zu schulden kommen lassen, obwohl sie Organ des Bundes der Landwirthe ist und auch im üblichen Bundesverlag erscheint. Sie hat

nämlich Zollfreiheit für amerikanisches Petroleum verlangt, wobei es in Kraft in Motoren Verwendung findet — offenbar im Hinblick auf die zahlreichen Landwirthe, die solche verhältnißmäßig billige Kraftzeuger verwenden und die zum Theil wohl auch durch den Umstand, daß die Solaröl-Fabriken in diesem Jahre für die Motoren nicht mehr liefern, in Verlegenheiten gerathen sind.

Die „Deutsche Tageszeitung“ wäscht ihrem agrarischen Bruderorgan für diesen rollenwichtigen Seiten sprung den Kopf, in aller Freundschaft, aber doch recht deutlich:

Eine solche Aushebung ist allerdings gesetzlich möglich. Wir können aber trotzdem der Forderung nicht beistimmen; denn einerseits würde selbst bei der peinlichsten Kontrolle kaum vermeiden werden können, daß das zollfrei eingeführte Petroleum auch zu anderen Zwecken Verwendung finde, andererseits aber muß unter Bestehen dahin gehen, die Einfuhr amerikanischer Petroleum möglichst zu erschweren und den heimischen Markt möglichst unabhängig von amerikanischem Petroleum zu machen.

Das Bundesblatt läßt auch den Grund für seine Abwehr nicht im Unklaren: es sei gegründete Hoffnung vorhanden, daß der Spiritus immer mehr, auch in Motorenbetriebe, Verwendung finde. Da er theurer ist wie das Petroleum, so muß nach der Logik der agrarischen Selbstsucht offenbar das Petroleum „möglichst“ vertheuert werden. Leiden darunter auch zahlreiche Landwirthe ebenso sehr wie die nicht ländlichen Konsumenten, so gedeiht doch die Wäthe der agrarischen Stegreifführer, das fabelhafte, liebesgabendriehende Schnapsbrennereium um so besser.

„Die Sozialdemokratie beistimmt sich an den Landtagswahlen“ überschreibt die konservativ „Schlesische Morgenzeitung“ einen Leitartikel. Während bisher von den bürgerlichen Parteien die Wahlbetheiligungsbewegung in unsern Reihen mit süßsaurem Lächeln oder mit hämischen Spott beurtheilt wurde, haben die Preussener Parteigenossen die Bemerkung, daß ihr Vorgehen durch den oben zitierten wirthschaftlichen Artikel aus konservativen Kreisen in glänzender Weise als richtig gekennzeichnet wird. Einzelnes aus jenem Artikel verdient weitere Verbreitung:

Ein gemüthliches Vorgehen bei den Landtagswahlen für die rechts stehenden Parteien giebt es nun nicht mehr. Wir haben eine ähnliche Agitation vor den Landtagswahlen in den nächsten Wahlperioden zu erwarten, wie vor der Reichstagswahl, ja auch Wahlkreise werden beunruhigt werden, die im gesicherten Besitz der rechten Parteien stehen.

Weder das Wahlsystem noch die öffentliche Abstimmung hält die Sozialdemokratie von einer Wahlbetheiligung zurück. Eine geschickte Veräufung dieses Wahlsystems gerade im Punkte mit dem Freisinn, die Ungenügsamkeit und Dreistigkeit, die man der Arbeiterwelt auch auf dem Lande schon jetzt einzuhauchen gewohnt hat, werden auch bei den Landtagswahlen ihre bitteren Früchte tragen; wie werden dann gerade die Landtagswahlen die Schule werden, in der man unsere Arbeiter zu zielbewußten „Genossen“ erzieht.

Und Agitationsstoff! Wir würden unseren Feinden gerade Waffen in die Hand liefern, wollten wir denselben hier öffentlich erörtern. Die Diskussion darüber gehört in die Wahlbesprechungen der einzelnen Vertrauensmännerkreise. Der Hinweis auf die sozialdemokratische Wahlmaxime bei den letzten Reichstagswahlen in Wort und Druck der Flugblätter und auf das Vorbild liberaler Wahlkreise muß jedem genügen, um ihm die Augen über die Gefährlichkeit der sozialdemokratischen Landtagswahlparole „An die Arbeit“ zu öffnen.

Sehr leicht verläßt es sich mit den Ausführungen der „Schl. M.“ über den Agitationsstoff, wenn sie schließlich erklärt:

Jeder einzelne Wahlmann, der uns verloren geht, ist eine Niederlage für uns und läßt die Sozialdemokratie im Punkte mit dem Freisinn Boden gewinnen für kommende Wahlen zum Reichstag wie zum Landtag. Es ist harte, saure Arbeit, aber sie muß gethan werden im Interesse der Partei, für unser politisch noch so unmundiges Volk, für unser Vaterland. Die Gegner gehen nur auf die Unwissenheit der Wähler aus. Wir müssen Aufklärungsdiener thun. Wir müssen mit unserer Presse, mit Flugblättern, in Rede und Gegenrede auch bei den Landtagswahlen hinein ins Volk, und zwar — ehe es zu spät ist.

Nun, meine Herren, den Aufklärungsdiener werden wir übernehmen: Der Unwissenheit und Gleichgültigkeit der Wählermassen verdanken sie ihre Herrschaft in Preußen. Mit der Aufklärung, zu der uns die Landtagswahl-Agitation dienen soll, werden sie den Boden unter den Füßen verlieren.

Die Bedeutung des „Nordsee-Kanals“ für die Handelsmarine. Von vornherein war man sich in den Kreisen der Sozialdemokratie darüber klar, daß es der Regierung beim Bau des Nordsee-Kanals vorzugsweise nur darum zu thun war, eine bessere Verbindung der Nordsee mit der Ostsee für die Kriegsmarine zu schaffen. Diese Voraussetzung wird täglich bestätigt durch die Zahlen der den Kanal besuchenden Schiffe und der Betriebsergebnisse für die ersten beiden Etatsjahre, vom 1. April 1896 bis 31. März 1898. Es haben den Kanal befahren (nur abgabepflichtige Schiffe):

Jahr	Dampfschiffe		Segelschiffe		Zusammen	
	Zahl	R.-G. Reg.-Z.	Zahl	R.-G. Reg.-Z.	Zahl	R.-G. Reg.-Z.
1897/98	9 896	1 927 940	13 712	541 849	23 608	2 469 795
1896/97	8 287	1 407 485	11 678	441 023	19 965	1 848 458

Demnach ist die Gesamtzahl der Schiffe um 16 pCt. gestiegen und zwar die Dampfer um 13 pCt. und die Segler um 18 pCt.; der Raumgehalt hat um 33 1/2 pCt. zugenommen.

Die Frequenz seit Eröffnung des Nord-Offsee-Kanals, 1. Juli 1895 bis 30. Juni 1898, giebt uns folgendes Bild:

Es passirten den Kanal an Dampf- und Segelschiffen zusammen:

- vom 1. Juli 1895 bis 30. Juni 1896: 16 834 mit 1 505 088 Reg.-Tons Raumgehalt,
- vom 1. Juli 1896 bis 30. Juni 1897: 22 081 mit 2 086 861 Reg.-Tons Raumgehalt,
- vom 1. Juli 1897 bis 30. Juni 1898: 23 149 mit 2 648 847 Reg.-Tons Raumgehalt.

Hieraus betrug die Zunahme im zweiten Betriebsjahre nach der Zahl der Schiffe 37 pCt., nach dem Raumgehalt 81 pCt., im dritten Betriebsjahre nach der Zahl der Schiffe 5 pCt., nach dem Raumgehalt 90 pCt.

Wie man sieht, ist der Verkehr auf dem Nordsee-Kanal ein verhältnißmäßig äußerst geringer, und immer noch machen eine große Anzahl Handelschiffe der Ostseehäfen die für Schiff und Mannschaff äußerst gefährliche Fahrt um Skagen. Dies hat seinen Grund in der außerordentlichen Höhe des Gebührentarifs für die Benutzung des Nord-Offsee-Kanals. Bei Eröffnung des Nord-Offsee-Kanals war der Tarif vom 4. Juni 1895 ein so hoher, daß es mit Recht den Anschein erweckte, die Regierung wolle überhaupt nicht, daß der Nord-Offsee-Kanal von Handelschiffen benutzt würde. Wenn gleich nun aber auch nach dem Tarif vom 4. August 1896, welcher am 1. Sept. 1896 in Kraft getreten, eine kleine Ermäßigung eingetreten ist, so genügt dieses doch immerhin den Anforderungen in kommerziellen Beziehungen, welche man notwendigerweise an eine Verkehrsstraße von solcher Bedeutung stellen muß, keineswegs. Deshalb führt auch mit Recht der Bericht der Meiner Handelskammer, welcher soeben erschienen ist, darüber Klage. Es heißt dort: Der stärkere Verkehr im Kaiser-Wilhelm-Kanal seit Einführung des reduzierten Tarifs vom 4. August 1896 ist ein Beweis dafür, daß der Kanal mehr benutzt wird, wenn die Abgaben herabgesetzt werden. Nach unserer Ueberzeugung sind die Kanalabgaben aber auch jetzt noch zu hoch und wir zweifeln nicht, daß eine weitere Herabsetzung derselben sowohl den Verkehr steigern, als die Einnahmen vergrößern wird.“ So berechtigt auch der Wunsch der Meiner Handelskammer auf Herab-

setzung der Gebühren für die Benutzung des Nordsee-Kanals ist, so sieht doch kaum zu erwarten, daß die Regierung dem nachkommen wird, zumal sie die Erhöhung der Etatsjahre 1897/98, welche sich auf 1 200 000 M. beläuft, als befriedigend bezeichnen wird. Die Kriegsmarine liegt der Regierung mehr am Herzen, als die Handelsmarine.

Daß Dr. Peters bei den deutschen Bankfirmen noch immer in Ansehen steht und bei ihnen Vertrauen genießt, während er für das deutsche Volk längst eine anrüchliche, seinen Namen beschmutzende Persönlichkeit ist, geht aus der folgenden Mittheilung hervor:

„Die Konstitution der „Dr. Carl Peters Estates and Exploration Co. Ltd.“ ist, wie wir erfahren, nunmehr vollendet. Dr. Peters beschäftigt sich augenblicklich eifrig mit den Vorbereitungen für seine große Expedition, die er im Interesse der Gesellschaft demnächst antreten wird. Das Kapital der Gesellschaft beträgt belauscht 8 Millionen Mark, wovon jedoch vorläufig nur 500 000 M. in Antheilen à 20 M. zur Subscription angeboten werden, die hauptsächlich in Deutschland gezeichnet worden sind. Zu den Direktoren der Gesellschaft zählen u. a. Dr. Schariach in Hamburg und Karl von der Heydt, der Chef des bekannten Berliner und Elberfelder Bankhauses. Die Geschäftsstelle der Gesellschaft befindet sich in London, Moorgate, Station Chambers, E. C.“

Ueber einen interessanten Fall von Soldatenmishandlung schreibt der Breslauer „Volkswacht“ ein Freund des Blattes:

Aus hiesiger Gegend nach Liegnitz zur Uebung eingezogene Reservemänner erzählten bei ihrer Rückkehr, daß ein Unteroffizier Soldaten mishandelt habe. Ich leh mich darauf den wahren Sachverhalt nochmals genau erzählen und mache, ohne den Leuten etwas von meinem Vorhaben zu sagen, am 7. Juni d. J. beim Kommandeur des fünften Armeekorps, v. Womsdorf, folgende Anzeige: „Unterzeichneter erludt hiermit Eine Hohe Königl. Militärbehörde, folgenden Fall, welcher sich Sonnabend, den 14. Mai d. J. bei der 11. Compagnie des Grenadier-Regiments (Westpreussisches) Nr. 7 in Liegnitz zugetragen haben soll, zu untersuchen und das Weitere zu veranlassen.“

Genannten Tages war Gewehrappell, zu welchem die Füsiliers (folgen die Namen) mit schmutzigem Gewehr erschienen waren. Als Strafe wurde für diese drei Mann abends von 7—8 Uhr Gewehrreinigung angelegt, wobei der Unteroffizier Walter die Aufsicht hatte. Wahrscheinlich war dieses dem betreffenden Unteroffizier zu viel und schlug derselbe bei dieser Gelegenheit, alle drei Mann mit einem stählernen Bißstock so, daß die blauen mit Blut unterlaufenen Striemen noch die andere Woche zu sehen waren. Ein Mann von diesen dreien wollte sich Montag, den 16. Mai, in Folge der widerfahrenen Mishandlung krank melden, was ihm aber durch Androhung von Strafe durch Walter verboten wurde. Auf Grund der hier gemachten Angaben berufe ich mich auf das Zeugniß mehrerer, zur Zeit der neuerdings zu der in Liegnitz erfolgten Uebung dort gedienter Reservemänner. Falls die Untersuchung den wahren Sachverhalt nicht ermitteln sollte, bin ich gern bereit, die Namen der mir als Zeugen bekannten Reservemänner einer Hohe Königl. Militärbehörde bekannt zu geben. Unterzeichneter erludt ergebenst eine Hohe Königl. Militärbehörde, betreffs dieser Sache Recherchen zu wollen und mir Mittheilung zuzulassen.“

Auf Grund dieser Anzeige erhielt unser Freund am 30. Juni nachfolgende Antwort:

Breslau, 29. Juni 1898.
 Königl. Gericht 9. Division
 IIIa 204/891.

Auf Ihre an das königliche General-Kommando des V. Armeekorps gerichtete und hierdurch zur weiteren Veranlassung abgegebene Anzeige vom 7. d. M. werden Sie hierdurch benachrichtigt, daß der Unteroffizier Walter der 11. Compagnie Grenadier-Regiments König Wilhelm I Nr. 7 wegen der Ihrer Anzeige zu Grunde liegenden strafbaren Handlungen zu 6 Monaten Gefängniß und Degradation verurtheilt worden ist.

Königliches Gericht der 9. Division.
 Dahn. Bielawski.

Köln, 13. August. (Fig. Ver.) Die hiesigen Sozialdemokraten sind aus allen von der Zentrumspartei einberufenen Versammlungen ausgeschlossen, angeblich, weil sie vor langen Jahren einmal solche Versammlungen gestört hätten. In Köln glaubt kein Mensch daran, daß dies der wahre Grund sei. Daß aber die Zentrumspartei allen Anlaß hat, in bezug auf den Vorwurf der Störung von Versammlungen vor der eigenen Thür zu stehen, hat sich im jüngsten Wahlkampf noch und zum Ueberflus wieder dieser Tage erwiesen. Eine Anzahl katholischer Kaufleute hatte in den „Frankischen Hof“ eine Versammlung berufen, um über die Gründung eines Verbandes katholischer Kaufleute zu berathen. In Köln bestehen bereits zwei katholische kaufmännische Vereine. Sie tragen, wie auch der Name „Marianische Kongregation“ verräth, ein kirchliches Gepräge und haben einen Geistlichen als Leiter. Außerdem haben in diesem Vereine meist ultramontane Größen das erste Wort. Einem ganzen Theil der katholischen Kaufleute fallen diese Vereine nicht mehr. Daher der Plan der Neugründung. Die Kerlsalen und anderen Vormünder wehren sich dagegen mit Armen und Weinen. Sie hatten zu der Versammlung eine Schaar ihrer Anhänger entboten, um sie entweder in ihre Hände zu bekommen oder unmöglich zu machen. Weides ist ihnen vollaus gelungen. Schon als sich die Eröffnung ein wenig verzögerte, begann ein großes Getrampel; eine bekannte Zentrumspitze schrie in den Saal hinein, man verlange Eröffnung, was der Troß der „Marianischen“ mit einem unbeschreiblichen Gedrüll bestrafte. Als die Einberufer sich nicht genommen zeigten, die Leitung aus der Hand zu geben, erbob sich ein furchtbarer Lärm. Die Versammler sahen ein, daß bei der Stimmung ihrer katholischen Mitwähler an eine Verhandlung nicht zu denken sei. Sie verließen mit ihren Anhängern unter dem Höhnen und Lachen ihrer Gegner den Saal, nachdem der Einberufer die Versammlung geschlossen hatte. Die „Marianischen“ blieben jedoch sämmtlich da und der Besitzer des ultramontanen „Rheinischen Kurier“ eröffnete die Versammlung von neuem, obwohl er dazu nicht das mindeste Recht hatte. Die Versammlung gab dann eine Erklärung kund, wonach für die Neugründung ein Bedürfnis nicht vorhanden sei. — Es ist zu erwarten, daß die unabhängigen katholischen Kaufleute trotzdem die Gründung vornehmen. Die Veranstalter des wüthen Tumultes, im Vergleich zu dem eine antimilitärische Madawerksamung eine schlaftrüge Stadtrathshaltung ist, fürchten offenbar, die Kaufleute möglichen der Zentrumspartei unterzuwerfen, wenn sie dem Einfluß der geistlichen Beiräthe entzogen sind.

Und Ostpreußen. Eine Einschränkung der Pferdeausfuhr hat kürzlich der Vorstand der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer gefordert. Die ostpreussischen Agrarier haben vor längerer Zeit gelegentlich geäußert, daß die Pferdezuucht eines größeren Schutzes bedarf. Seit langem schon zeichnen sich vor allen Agrariern die ostpreussischen durch besondere Unverschämtheit aus. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Der Zentralvorstand der Ostpreussischen Landwirtschaftskammer hat den Landwirtschaftskammern vorgeschlagen, gegen die Einfuhr von amerikanischen Pferden unter den jetzigen Bedingungen anzukämpfen. Dem übermäßigen Anwachsen der amerikanischen Pferde-Einfuhr soll nach Ansicht der Ostpreussischen Landwirtschaftskammer-Gesellschaft gesteuert werden:

1. durch Erhöhung der Einfuhrzölle;
 2. Einführung einer genügend ausgedehnten Quarantäne;
 3. Kennzeichnung der eingeführten Pferde durch ein Brandzeichen.
- Der Vorstand der Landwirtschaftskammer hat sich kürzlich mit den Vorschlägen beschäftigt. Die Herren begnügten sich in ihren Forderungen nur nicht mit einer Einschränkung der amerikanischen Pferde-einfuhr, wie die Brandenburgische Landwirtschaftskammer, sondern wollen einfach jede Pferde-einfuhr unmöglich machen. Den ostpreussischen Pferdezüchtern wäre selbst mit dem Einfuhrverbot amerikanischer Pferde nicht gedient. Ostpreußen hat eine große Pferdezuucht. Nach den Remonten-Berichten wurden allein in Ostpreußen 12 100 Pferde vorgeföhrt; insgesammt wurden in Preußen, Hessen, Baden und Elsaß-Vorprovinzen 26 299 Pferde vorgeföhrt. Den ostpreussischen Pferdezüchtern ist die russische Einfuhr die un-

genügsam. Rußland hat 1897 am meisten Pferde nach Deutschland eingeföhrt, nämlich 36 897 Stück. Das Gesehri gegen die übermäßige Einfuhr amerikanischer Pferde ist überaus nur verständlich, wenn der Preis der Pferde ein ganz außerordentlich niedriger ist. Es sind 1897 im Ganzen 120 334 Pferde in Deutschland eingeföhrt, wovon aus Amerika 9028 kamen. Bis her haben die Agrarier die Sperzung der Grenze für Thiere mit der Gefahr der drohenden Einschleppung von Krankheiten begründet. Wohl weiß sie wissen, daß ihnen heute doch kein Mensch glaubt, daß sie auch nur das geringste Interesse am Allgemeinwohl haben, erklärte der Vorstand der ostpreussischen Landwirtschaftskammer offen, daß der niedrigere Preis der eingeföhrteten Pferde die Erhöhung der Einfuhr notwendig mache. Vorgeschlagen wurde eine Erhöhung des Einfuhrzolls, der jetzt 20 M. pro Pfund beträgt, sodann einjährige Beobachtungsfrist und ein Brandzeichen. Der Gesehrath Reichs-Reyher hatte vorher ausgeföhrt, daß in Amerika eine Beobachtungsfrist von 90 Tagen eingeföhrt sei, wodurch eine Einfuhr von Pferden unmöglich gemacht sei. Jedenfalls befürchten die ostpreussischen Pferdezüchter, daß bei einer dreimonatlichen Quarantäne doch noch ab und zu ein Pferd nach Deutschland herein käme; bei zwölfmonatlicher Quarantäne ist das natürlich ein Ding der Unmöglichkeit. Wenn außer dieser langen Beobachtungsfrist noch eine Erhöhung des Zolles gefordert wird, ist das Heuchelei. Mit viel weniger Worten hätten die Herren ihre Wünsche ausdrücken können: Vollständiges Einfuhrverbot von Pferden aus allen Ländern.

Die Pferdezuucht soll in Deutschland zurückgegangen sein. Der Rittergutsbesitzer Junck-Loy wies in der ostpreussischen Landwirtschaftskammer aber darauf hin, daß ein Rückgang in einigen Theilen allerdings eingetreten sei, weil die Rindviehzuucht lohnender geworden sei. Durch die erschwerete Einfuhr von Rindern sind die Preise dafür so gestiegen, daß sich rasch eine größere Anzahl von Großgrundbesitzern auf die Zuucht warfen, außerdem sollen ihnen aber auch noch die Pferdepreise erhöht werden. Die Pferdezuucht ist übrigens trotz der gesteigerten Einfuhr immer noch ein recht lohnendes Geschäft, wie Schreiber dieses von Pferdezüchtern mehrmals gehört hat. Trotzdem die Einfuhr von 85 312 Pferden im Jahre 1894 auf 120 334 im Jahre 1897 gestiegen ist, sind die Preise für Pferde nicht gesunken. Als Hauptursache der gesteigerten Einfuhr bezeichnete der oben schon einmal genannte Herr Junck-Loy das Anschwellen des inländischen Bedarfs. Für Pferdebahnen werden besonders Pferde aus Dänemark eingeföhrt, für den Rindbau aus Belgien, für die Bergwerke russische Ponies; ferner kommt für die sehr ausgedehnte Raldbauzucht (Arbeitspferde) ein großer Theil der Zuftpferde aus dem Ausland. Die Einfuhr der letztgenannten Pferde darf schon im Interesse der deutschen Pferdezuucht nicht erschwert werden.

Aus den Verathungen des Vorstandes der ostpreussischen Landwirtschaftskammer geht soviel hervor, daß die Pferdezüchter keine Ursache haben, nach Schuß vor der Einfuhr von Pferden zu schießen, daß sie wieder einmal ein kleines Mittel mehr fordern, um ihre Taschen füllen zu können.

Im Anschlusse an diese Korrespondenz ist die folgende Notiz aus der „Frankf. Zig.“ doppelt interessant:

Eine hübsche Illustration der agrarischen Theorie und Praxis wird aus Württemberg berichtet. Dortige Blätter veröffentlichen folgende Notiz aus Debringen:

Herr Schultze Ritter von Westernbach macht bekannt, daß Herr Schmid vom Pfahhof auf vielseitiges Verlangen sich bereit erklärt habe, einen Wagen Normänner Fohlen im Herbst in der Normandie zu holen.

Um den pikanten Reiz dieser nächstern Mittheilung zu verstehen, muß man wissen, daß die beiden Männer Führer des Bauernbundes sind. Als Politiker verlangen sie fürmlich die vollständige Schließung der Grenzen gegen die Einfuhr fremden Viehes und sie können die Folgen einer Oeffnung der Grenzen nicht drastisch genug ausmalen; die ganze deutsche Landwirtschaft müßte natürlich in einem solchen Falle unbedingt zu Grunde gehen. Aber der Ritter und der Schmid, sie sind nicht nur bäuerliche Politiker, sondern auch praktische Landwirthe. Als solche wissen sie, daß den Hohenloher Bauern die normannischen Pferde unentbehrlich sind, so unentbehrlich, daß ein „vielseitiges Verlangen“ nach solchen an die händlerischen Führer herantritt. Also geht Herr Schmid in die schöne Normandie, um von dort Pferde zu importieren. Es ergibt sich demnach folgendes Dilemma: Entweder ist die Pferde-einfuhr — und ebenso natürlich die Einfuhr anderer Gutsviehes — für den deutschen Landwirth notwendig — wie können dann die Schmid, Ritter und Konsorten für den vollständigen Schluß der Grenze eintreten? Oder sie ist nicht nötig, sie besiegelt, wie es im agrarischen Veriton heißt, den Niedergang der Landwirtschaft — wie können dann die Herren Bundesführer diesen Anlauf selbst organisiren? Vielleicht läßt das Vorkommen manchen Bauern über den Bund, über Zölle und Grenzperren wirksamer auf, als es lange Reden zu thun vermöchten!

Von der sächsischen „Musteranstalt“. Ueber die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter an der sächsischen Staatsbahn ist wiederholt in sozialdemokratischen Blättern geschrieben worden. Auch darüber, einen wie hohen Grad die Bevormundung — um kein schärferes Wort anzuwenden — der Arbeiter seitens der Bahnverwaltungen erreicht hat. In letzter Hinsicht liefert die „Arbeiterordnung für die ständigen Arbeiter bei der Königl. sächsischen Staatsbahn-Verwaltung“ recht charakteristisches Material. Bis ins kleinste, bis in sein Privatleben hinein werden durch die Arbeiterordnung dem Arbeiter Verpflichtungen auferlegt und Vorschriften gemacht. Daß das „Vorleben würdig erscheinen“ muß, um als Arbeiter bei der Staatsbahn mit 2,80 M. täglichem Lohn eingestellt zu werden, ist noch das wenigste; auch darüber, daß der Gehorsam gegen den Vorgesetzten, Höflichkeit gegen das Publikum, Verträglichkeit gegen Mitarbeiter, Fleiß in der Arbeit, nächster und sittlicher Lebenswandel ausdrücklich vorgeschrieben sind, soll gar nicht groß geredet werden. Solche Schulmeisterereien sind in den „Musteranstalten“ ja gang und gäbe. Sehr interessant aber ist der § 14, welcher von der Lösung des Arbeitsverhältnisses handelt. Im allgemeinen ist gegenseitige Kündigungsfrist vorgesehene, welche von beiden Theilen jederzeit ausgesprochen werden kann; daß diese Bestimmung für die Arbeiter, wenigstens für diejenigen, welche sich nicht alles gefallen lassen wollen, nur auf dem Papier steht, beweisen die nachfolgenden Bestimmungen. Die Lohnverwaltungen sind nämlich jederzeit berechtigt, Arbeiter ohne vorherige Kündigung zu entlassen, wenn der betreffende 3. u. während des Dienstes großen Ungehorsam verübt; die Arbeit „unbefugt“ (i) verläßt, den Vorgesetzten den Gehorsam verweigert; andere Arbeiter zur Erzwingung höheren Lohnes aufreizt, oder zu Handlungen verleitet, welche gegen die Gesetze, die guten Sitten oder die Arbeiterordnung verstoßen. Dieser letztere Passus ist jedenfalls ein Muster von einer Arbeitsbedingung, und jedem privaten Unternehmer muß dabei das Herz im Leibe lachen. Auf Grund einer solchen Bestimmung kann jeder mißliebige Arbeiter sofort „fliegen“. Ja, es wird hier das den Arbeitern gesetzlich gewährleistete Recht, bessere Lohnbedingungen anzustreben, direkt verboten. Auf weiter nichts läuft in letzter Linie die ganze Geschichte hinaus. Bemerk sei noch, daß ein auf Knall und Fall entlassener Arbeiter nicht einmal das Recht hat, seine paar Groschen Lohn sofort zu verlangen; er muß ruhig bis zum nächsten Pahltag, also eventuell 14 Tage warten. Und solche Verpflichtungen legt man Arbeitern auf, die bei schwerer Arbeit zu den am schlechtesten bezahlten mit gehören. Die immer mehr um sich greifende Ungleichheit der Bahnarbeiter ist ganz erklärlich.

Der Parteitag der Braunschweigischen Landesrechtspartei wird am Sonnabend, den 24., und Sonntag, den 25. September d. J. in Braunschweig in Brünning's Saalbau stattfinden. Das Programm für die Verathungen wird namentlich die letzten Reichstagswahlen, die bevorstehenden braunschweigischen Stadtverordneten- und sonstigen kommunalen Wahlen, das Verhältniß der beiden weltlichen Mächten, das Verhältniß zur Sozialdemokratie, die Presse und die Organisation der Landesrechtspartei umfassen.

Für die Reichstags-Wahl im Kreise Kyritz-Saahig wollen die radikalen Antisemiten (germanischer Volksbund), wie die „Vollst.-Ztg.“ meldet, den Prof. Dr. Paul Förster als Kandidaten aufstellen.

Aus dem 7. badischen Reichstags-Wahlkreis. (Volksfreund.) Seit Jahren besteht der Verdacht, daß es in einzelnen Orten des Amtes Kehl (Sonderland) beim Wahlakt der Reichstagswahl nicht regelmäßig herging. Vielfach stimmten sämmtliche Wahlberechtigten ab und alle Zettel lauteten auf den nationalliberalen Kandidaten. Es konnte vor Jahren schon festgestellt werden, daß in solchen Fällen einige Wahlberechtigte ortsbewohnend waren und doch in der Liste als solche verzeichnet wurden, die ihr Wahlrecht ausübten. Jetzt scheint man anlässlich der Juniwahl in einem eklatanten Fall der Wahlfälschung auf die Spur gekommen zu sein. In dem Dorfe Sand wurden auf erfasste Anzeige bei der Staatsanwaltschaft der Bürgermeister und das gesammte Wahlkomitee in Untersuchung genommen und es soll sich herausgestellt haben, daß schwere Vergehen gegen die Reichswahlordnung vorliegen. Vom großherzoglichen Untersuchungsrichter aus Offenburg wurden in Sand etwa 80 Wähler als Zeugen vernommen, weil glaubwürdig behauptet wird, daß für etwa 100 Wahlberechtigte, die nicht zur Urne gingen, Zettel mit dem Namen des nationalliberalen Kandidaten v. Rhein in die Urne gelegt wurden. Einzelne Wähler sollen auf die Aufforderung des Wahlvorstandes zugleich für ihre wahlberechtigten Verwandten abgestimmt haben, damit diese nicht in der Neu-Ordnung gestört wurden. Ueber das Ergebnis der behördlichen Untersuchung weiß man nichts; von den vernommenen Zeugen erfährt man, daß der Nachweis für die Wahlfälschung erbracht ist. Es steht auf diesem Vergehen nur Freiheitsstrafe event. Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Aus Hessen, 16. August. (Fig. Ver.) Mainz soll nun auch einen Kaiserbesuch haben. Seither glaubte man, über die alte Bundesfestung sei die kaiserliche Art verhängt, seitdem sie dem König Wilhelm I. vor Jahrzehnten einen so eifrigen Empfang bereitet hatte. Vielleicht hat der Ausfall der letzten Reichstagswahl den Berliner Hof verstimmt. Freilich gebührt nicht der Stadt Mainz der Ruhm, den Sieg der schwarzen Fahne errungen zu haben. Die große Mehrheit der Mainzer Bevölkerung ist sozialdemokratisch; sie theilt nicht die Begeisterung für das bevorstehende Ereigniß. Das hat die Herren der Stadtvertretung natürlich nicht abgehalten, sofort die nötigen Tausende zur würdigen Ausschmückung der Straßen etc. aus dem allgemeinen Stadtsäckel zu bewilligen.

Die Landbevölkerung der Mainzer Umgegend ist stark verarmt wegen der Mischungslosigkeit, mit der die Militärverwaltung ein Terrain von ca. 6000 heffischen Morgen mitten in der Erntezeit zu Scharfschießübungen abgesperrt hat. Die Proteste verschiedener Ortsbürgermeisterien und eine Eingabe ans heffische Ministerium haben nur erreichen können, daß das Terrain nachmittags ein paar Stunden früher geöffnet wird. Eine große Protestversammlung ist noch geplant. Die aus ihren Feldern heimgejagten Bauern sollen in ihrer Wuth gedroht haben, „Sozialdemokraten zu werden“. Das hat die sozialistendörrische Militärverwaltung wieder mal gut gemacht!

Auf die Ausfahrgesahr von Kuanton her weist in der „Deutschen Reichstags-Zeitung“ ein deutscher Arzt hin, der seit drei Jahren in China thätig ist. Es wurde schon vor etwa einem Jahre auch von uns mehrfach betont, daß die Chinesen gegenwärtig als die eigentlichen Träger des Ausfahrs zu betrachten wären, diese Thatsache erregte damals weit über die ärztlichen Kreise hinaus großes Aufsehen, aber inmitten der nationalen Gemüthsbewegung über die neueste überseeische Erwerbung Deutschlands dachte man begreiflicherweise nicht an diesen einzelnen bedenklichen Punkt. Es ist dabei eine unabwendliche Nothwendigkeit, bei Zeiten Vorsichtsmaßregeln gegen diese Gefahr zu ergreifen, nach dem China in neuester Zeit von Europa her an allen Seiten angegriffen worden ist und demnach sicher in einen weit imigieren Verkehr mit Europa treten wird als je zuvor. Das Vorhandensein des Ausfahrs in einer Bevölkerung ist trotz des kurzbarbaren Verlaufes und der ansteckenden Natur der Krankheit nicht so auffällig als das Vorkommen anderer endemischer Krankheiten, diese merkwürdige Thatsache ist zur genüge bewiesen durch die unvermuthete Entdeckung eines zweifellos schon lange bestehenden Leprosheides in Deutschland und die fortgesetzte Entdeckung neuer Leprosheide in anderen Ländern. Das mahnt zu ganz besonderer Vorsicht. Die ganze Provinz Schantung ist ein Verbreitungsgebiet ersten Ranges für den Ausfahrs, dessen zweiter Brennpunkt die Gegend des großen Flußhafens Pankau am Jangtschikang ist. Sonst ist die Krankheit nicht in allen Theilen des Landes heimisch und fehlt besonders in manchen Provinzen des mittleren China gänzlich, wogegen die südlichen Provinzen des himmlischen Reiches derart befallen sind, daß die von hier auswandernden Kulis schon für viele Länder gefahrbringend geworden sind. Die Chinesen brachten die Lepros nach Japan, wo hauptsächlich die Urvölkerung der nördlichen Insel Heso, die Ainos, angefallen wurden, ebenso nach Korea, wo die Krankheit auf den südlichen Theil der Halbinsel beschränkt geblieben ist. Die Malaien scheinen weniger empfänglich für den Ausfahrs zu sein, trotzdem fehlt derselbe wieder in Hinterindien, noch auf Formosa und den Sunda-Inseln. Das furchtbarste Beispiel für eine Uebertragung des Ausfahrs durch die Chinesen sind die Hawaii-Inseln geworden, deren Bewohner ganz außerordentlich an der Krankheit leiden. Wenn auch die Vorsicht eines einzelnen Staates nicht genügt, so muß doch zunächst gefordert werden, daß die deutsche Regierung innerhalb ihrer Interessensphäre in China die strengsten Vorsichtsmaßregeln gegen eine Zunahme des Ausfahrs innerhalb des Gebietes und besonders gegen eine Verschleppung nach außen hin ergreift.

Oesterreich.

Minister-Konferenzen haben in den letzten Tagen in der Sommer-Residenz des Kaisers in Jisl stattgefunden. Dies Vermuthungen über ihren Zweck und ihr Ergebnis liegen vor. Man nimmt an, daß auch diesmal unter dem Druck der Krone die Ungarn über Oesterreich einen vollständigen Sieg errungen haben, ferner daß das österreichische Parlament in der ersten Septemberwoche zusammentreten soll, und daß die Sprachverordnungen, um das Parlament arbeitsfähig zu machen, aufgeschoben werden sollen. Wenn auch dieser Versuch, in Oesterreich die parlamentarische Arbeit wieder aufzunehmen, mißglichen sollte, würde Graf Thun zurücktreten.

Schweiz.

Die obligatorische Mobilitärsversicherung wurde vom Züricher Kantonsrath mit einer starken Zweidrittel-Mehrheit angenommen. Um in Befehlskraft zu gelangen, muß die Vorlage die Volksabstimmung passieren.

Frankreich.

200 Millionen Franken (ca. 160 Millionen Mark) soll das nächste Jahr der französischen Republik betragen. Für Heer und Marine zu sparen fällt den französischen Cavaignac's und Lortcoq's ebenso wenig ein, wie den deutschen Goller und Tirpitz.

England.

Dublin, 16. August. Die Bevölkerung der Stadt hat den fremden Abgeordneten zur Jahrhundertfeier der irischen Revolution einen warmen Empfang bereitet. Die Pferde wurden angepöppelt und die Wagen von der begeisterten Menge fortgezogen.

Dänemark.

Aus Kopenhagen wird der „Zit. Kor.“ gemeldet: Die außerordentliche Ausgabe des Kriegsministeriums von 500 000 Kronen für Anlauf von Munition wird in unterrichteten Kreisen nur als erste Rate für sehr bedeutende Verstärkungen der Munitionsvorräthe angesehen. Seitens der Regierung werden diese Maßnahmen vorläufiglich damit begründet werden, daß es für Dänemark nicht möglich gewesen sei, von den europäischen Großmächten bindende Verpflichtungen hinsichtlich der Neutralität Dänemarks zu erhalten. Bei den vorjährigen diplomatischen Anfragen habe nur eine Großmacht (vermutlich England) eine bestimmte Zusage gemacht, wonach sie die Neutralität Dänemarks nicht nur achten, sondern nöthigenfalls auch beschützen werde.

Serbien.

Belgrad, 16. August. Die Slupschina hat sich heute bis zum 24. November verlagert.

Asien.

England und Rußland am persischen Meerbusen. Das Blatt des Fürsten Lichomski, die „Petersburger Wjedomosti“, das zum Auswärtigen Amte Beziehungen unterhält, bringt die bisher unbekannteste Nachricht aus Aken, daß England innerhalb der letzten Wochen ganz Südarabien von der Bab-el-Mandeb-Enge bis zum Golf von Oman unter sein „Protectorat“ genommen hat. Das Gebiet habe die Größe Frankreichs. Wo die heutigen Karten vom Nothen Meere bis zum Persischen Meerbusen einen zusammenhängenden weißen Streifen zeigen, der zu dem Glauben verführen könnte, Südarabien sei eine kahle Sand- und Felsenwüste, etwa wie die Halbinsel Sinai, da wagt in Wirklichkeit tropische Segensfülle und reiches Verkehrsleben. Das Gebirgsland Hadramaut — das Königreich Saba von des weisen Salomo Gedanken — ist nach verschiedenen Richtungen von wasserreichen Strömen durchschnitten, die den Hochflächen und Thälern eine Fruchtbarkeit entlocken, die der des heißen Landes Yemen nichts nachgiebt. Insbesondere der vom Indischen Ocean über die Küsten zum Persischen Meerbusen reichende Ertrag an Tabak, Zimmarinden, Datteln und Kokosnüssen auf eine Strecke von 700 Meilen Länge, bei einer Bevölkerung, die in den Traditionen einer uralten Halbkultur lebt. Die „Vollst.-Ztg.“ bemerkt zu dieser Meldung: „So leitet das russische Blatt den Artikel über die neueste britische Erwerbung ein, von der bisher allerdings nichts verlautet hat. Aber nicht nur die wirtschaftliche Bedeutung verleiht der Erwerbung Werth, sondern mehr noch ihre politische Wichtigkeit. Es ist ein in Zukunft den Indischen Ocean beherrschender Festungsgürtel, der auch den Persischen Meerbusen unter seine Fittiche nimmt. Wer aber diesen beherrscht, hat den Handel Südpersiens und Mesopotamiens in seinen Händen. Des Pudels Kern bei der Enthüllung der „Petersb. Wjedom.“ ist denn auch, auf die Wichtigkeit Persiens für Rußland hinzuweisen. Wahrscheinlich wird die Nachricht nun nicht länger auf sich warten lassen, daß Rußland weitere Schritte unternimmt, um sich eine Stellung am Persischen Golf zu sichern, denn gerade diese südpersischen Gebiete und Gewässer kommen im Falle eines Krieges mit England für Rußland von unschätzbarem Werthe werden.“

Der Kampf um China. Der „Manchester Guardian“ schreibt: Nachrichten aus China geben der Regierung Anlaß zu der Forderung, daß Li-Hung-Tschang die alleinige Ursache der Unwürdigkeit der chinesischen Regierung gegenüber Rußland und der Demüthigungen der britischen Diplomatie in Peking sei. Die Regierung wird daher an China das förmliche Verlangen stellen, Li-Hung-Tschang aus seinem Amte zu entlassen und ihn zu verbannen. Einer etwaigen Weigerung der chinesischen Regierung, dem britischen Verlangen Folge zu leisten, dürften Zwangsmaßnahmen folgen.

Afrika.

Frankreich und die Thuat-Oasen. Aus Radrid wird der „Zitern. Kor.“ gemeldet, daß von französischer Seite bereits zu Anfang August an der algerischen Grenze alle Vorbereitungen zum Abmarsch eines Expeditionskorps nach den Thuat-Oasen getroffen gewesen seien. Der spanische Kommandant von Melilla meldet unterm 11. August, Boten aus dem Innern hätten die französischen Kolonnen schon auf marokkanischem Gebiet gesehen.

Amerika.

New-York, 16. August. Nach einer Depesche des „Commercial Advertiser“ aus Washington hat sich der amerikanische Vorkämpfer in London, Hag, bereit erklärt, die Nachfolgerschaft Day's im Staatssekretariate anzunehmen.

Der abtretende Staatssekretär Day, der sich jetzt sehr bewährt hat, gilt als eine der ersten amerikanischen Autoritäten auf dem Gebiete des Staats- und Völkerrechts. Der präsumtive Nachfolger Vorkämpfer Day ist einer der entschiedensten Vertreter des engen Zusammengehens von England und Amerika. Ueber die Ursachen des Rücktritts von Day, der wohl auf persönliche und nicht auf politische Motive zurückzuführen sein dürfte, ist noch nichts bestimmtes bekannt.

Ueber die wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten berichtet die „New-Yorker Handels-Zeitung“ vom 6. d. Mts. u. a.:

Nachdem der Krieg mit Spanien bereits seit den Entscheidungsschlachten vor Santiago thatsächlich zu gunsten der Vereinigten Staaten entschieden war, hat die nummehrige beinahe absolute Gewißheit eines demnächstigen Friedensschlusses auf das Geschäft hier zu Lande ungemein stimulierend gewirkt. Während der August gewöhnlich zu den stillsten Geschäftsperioden des Jahres zählt, regt es sich gegenwärtig bereits an allen Ecken und Enden. Aus Texas, Alabama, Kansas, Colorado, Illinois, Iowa, Louisiana, Ohio, Massachusetts und Maine sind bereits massenhaft Kaufleute in New-York eingetroffen, um hier Einkäufe für den Herbstbedarf zu machen. Derselben berichten übereinstimmend von großer geschäftlicher Prosperität in ihren Heimatstaaten. Die Ernteausichten seien ungemein günstig, Geld sei reichlich und zu billigen Zinsen erhältlich, Schulden würden abbezahlt. Infolge dieser hoch befriedigenden Verhältnisse werden sich die Kaufleute diesmal größere Vorräthe zulegen, wie solches seit Jahren der Fall war.

Man pflegt nicht mit Unrecht die jeweilige Lage der Eisenindustrie als zuverlässigen Barometer für die allgemeine Geschäftslage anzusehen. Die bekannte Fachzeitung „The Iron Trade Review“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 4. August: „In der Thatsache eines unvergleichlich lebhaften Hochofengeschäftes in Eisen und Stahl hat die Gewißheit des nahe bevorstehenden Friedensschlusses mit Spanien die Aufsicht hinzugefügt, daß die Herbstkampagne für das gesammte Eisengeschäft ungemein lebhaft ausfallen wird. Aus dem Auslande sind sehr bedeutende Aufträge für Eisen und Stahl eingelaufen, dem heimischen Konsum ist ein enormer Bedarf der Regierung für Artilleriezwecke hinzuzufügen, während der flüssige Geldstand sowie die prosperierende Lage der Eisenbahnen und der Landwirthschaft einen gewaltigen Konsum von Eisen und Stahl in sichere Aussicht stellen.“

Für die Steuerkraft unseres großen Landes liefern die finanziellen Ertragnisse der neuen Kriegsteuern erstaunliche Beweise. So wurden im Juli dieses Jahres an Kriegsteuern durchschnittlich 1 800 000 Doll. (ca. 7 770 000 Mark) per Tag eingenommen. Falls diese Durchschnittsziffer die gleiche bleibt, so bedeutet das eine Jahreseinnahme von 550 000 000 Doll. (ca. 2 310 Millionen Mark) allein aus dieser Quelle, während man nur ein Ertragniß von 150 000 000 Dollars (ca. 630 Millionen Mark) erwartet hatte. Es ist übrigens nach Lage der Verhältnisse wahrscheinlich, daß sich die Einnahmen aus den neuen Steuern im Laufe des gegenwärtigen Fiskaljahres eher noch weiter vermehren wie abnehmen werden. Die Prozentigen Bonds der jüngsten Regierungsanleihe, welche bekanntlich zu Pari ausgegeben wurden, werden bereits mit einer Prämie von 6 1/4 pCt. bezahlt.

Die Parteipresse

und die preussischen Landtagswahlen.

„Märkische Volksstimme“ in Forst:

Wir hegen die Hoffnung, daß sich unsere Genossen überall theiligen werden, wo es möglich ist, einen konservativen zur Strecke zu bringen. Besser ist es jedenfalls, einen linksstehenden Abgeordneten in den Landtag zu schicken, als einen Reaktionsar, der lex Redde, Verschlechterung des Schulgesetzes etc. mit Freuden begrüßen würde. Und daß die s. mal die Reaktion mit allen Mitteln arbeiten wird, die ihr nur zu gebote stehen, um die Mehrheit zu erlangen, steht wohl jedem Genossen außer Zweifel. Darum, wo man über Theilnahme oder Nichttheilnahme entscheidet, mögen unsere Genossen alle Konsequenzen in Erwägung ziehen.

„Brandenburger Zeitung“ in Brandenburg a. S.:
Wir unterwerfen die Theilnahme der Sozialdemokratie an diesen Wahlen im allgemeinen für geboten.

„Rheinische Zeitung“ in Köln

Der Beschluß des Hamburger Parteitages über unsere Stellung zu den Landtagswahlen ist wegen seiner Vieldeutigkeit vielfach angefochten worden. Es scheint uns aber angeht, der nahenden Landtagswahlen weniger wichtig, sich über den Wortlaut und den Sinn des Beschlusses auseinander zu setzen, als mal praktisch an die Arbeit, d. h. da, wo es angeht und von Nutzen ist, an die Theilnahme heranzugehen, wobei es Sache der Genossen ist, in jedem einzelnen Fall das für den vorgelegten Zweck und die Partei Nützliche zu beschließen. Denn generalisiren läßt sich nicht in dieser Angelegenheit, wo uns jede Erfahrung selbst und die Verhältnisse so verschieden liegen. Auch scheinen uns theoretische Erörterungen, Berechnungen und Schlüsse wenig angebracht, schon deshalb nicht, weil die auf diesem Wege gewonnenen Meinungen so ungenügend weit auseinandergehen. Nur der praktische Versuch wird uns lehren, ob unsere Theilnahme von Nutzen, ob diese oder jene Art der Theilnahme die bessere ist, ob und unter welchen Bedingungen wir uns weiter an den Landtagswahlen theilnehmen wollen.

Sollte es möglich sein, daß wir ohne entscheidende Kompromisse eigene Leute in das Dreiklassenhaus bringen, umso besser. Diese Frage scheint uns indess im allgemeinen zurückzutreten gegen die andere: Sollen wir diejenigen Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus, die uns nach ihrem bisherigen Verhalten die Gewähr geben, daß sie die bestehenden Rechte zu erhalten und für Verbesserungen auf diesem oder jenem Gebiete einzutreten geneigt sind, stärken und damit den Einfluß der reaktionären Parteien schwächen, oder sollen wir den Dingen ihren Lauf lassen und es ruhig hinnehmen, daß uns z. B. Gesetze wie die lex Redde beschert werden? Wir neigen der ersteren Meinung zu.

Es kommen insbesondere in Betracht die freisinnigen Parteien. Wir gehören nicht zu denen, die durch das Verhalten dieser Parteien bei der letzten Reichstagswahl in ihrem Urtheil über die Zweckmäßigkeit unserer Theilnahme an den Landtagswahlen wandelnd gemacht worden sind. Denn die Haltung der Freisinnigen hat uns nicht überrascht und läßt uns über sie nicht besser und nicht schlechter denken. Aber den Unterschied zwischen einem Freisinnigen und einem konservativen Kraut- oder einem nationalliberalen Schlotzjunker vermögen wir doch zu erkennen, und dieser Unterschied dünkt uns groß genug, daß wir die Mäße, die uns die Theilnahme an den Landtagswahlen macht, nicht für zu groß halten, um einem Freisinnigen gegen einen Junker oder Junkerengenossen durchzusetzen. Die Frage, ob auch andere Parteien in Betracht kommen, ob z. B. ein Nationalliberaler oder ein Zentrumsmann, der sich zu bindenden Verpflichtungen verstanden hat, gegen einen konservativen zu unterstützen ist, wollen wir nicht ohne weiteres verneinen, doch kommt es hier zu sehr auf die Person, seine Vertrauenswürdigkeit und sein Entgegenkommen an, als daß nicht äußerste Vorsicht geboten wäre. Im allgemeinen wissen wir ja, was wir von der ultramontanen und nationalliberalen Sippe zu gewärtigen haben.

Was Köln betrifft, so könnten hier die Nationalliberalen mit Aussicht auf Erfolg den Versuch unternehmen, das Centrum zu verdrängen, vorausgesetzt, daß es ihnen gelänge, in der dritten Klasse eine größere Anzahl Wähler zu durchzubringen. Ob die Nationalliberalen die Absicht haben, den Wahlkampf aufzunehmen und ob sie auf die Stimmen der Sozialdemokraten hoffen, wissen wir nicht. Den Genossen in Köln, die über ihre Stellung zur Landtagswahl demnächst beschließen müssen, wird die Entscheidung nicht schwer fallen, wie sie sich zu verhalten haben.

Wir Rheinländer erblicken das Revolutionäre nicht in der Enthaltung, sondern in der Bethätigung. Schritt für Schritt dem Gegner Terrain abgewinnen, immer darauf bedacht sein, unsere Position zu stärken und Platz zu machen für die materielle und politische Fortentwicklung — darin liegt für uns das Wesen der Revolution.

„Volksstimme“ in Mannheim:

Es mag ja in manchen Gegenden, am meisten vielleicht in Berlin, eine starke Verstimmung gegen den Freisinn zurückgeblieben sein und zweifellos sind die Vorfälle in Berlin und einigen brandenburgischen Wahlkreisen, das stille oder offene Wahlbündnis zwischen Konservativen und Freisinnigen auf gegenseitige Unterstützung, wohl geeignet, die Berliner Opposition gegen die Landtagswahltheilnahme zu verstärken. Allein für die preussischen Landtagswahlen ist die Parteignappung doch eine wesentlich andere als für die Reichstagswahlen. In der gesetzgeberischen Thätigkeit dieser Körperschaft haben die Programme der bürgerlichen Oppositionsparteien und der Sozialdemokratie viel mehr Berührungspunkte, als dies etwa im Reichstage der Fall ist. Stimmungen und Bestimmungen dürfen in der Politik einer großen Partei nicht maßgebend sein, wenn sie nicht sachliche Gründe für sich anführen können. Wegen die preussische Landtagswahl-Theilnahme lassen sich jedoch auch die unliebsamen Erfahrungen mit bürgerlichen Oppositionsparteien in den letzten Reichstagswahlen sachlich nicht verwerten, weil einfach die politische Situation der Parteien für diese Wahlen eine ganz andere ist, als bei den Reichstagswahlen.

Die sozialdemokratische Landtagswahl-Theilnahme müßte — neben der Erringung eigener Mandate — den Zweck haben, den radikalen Liberalismus in Preußen neu zu beleben. Soll dieser Zweck erreicht werden, so müßte der Freisinn auf der ganzen Linie bedingungslos unterstützt werden, so daß die Möglichkeit abzusehen wäre, eine starke freisinnige Partei in den Landtag zu entsenden. Wir müßten den Freisinn unterstützen gegen das Centrum — so in Sachsen —, gegen die Nationalliberalen — in Westfalen —, und selbstverständlich gegen die Konservativen. Unter Umständen könnte sogar eine Unterstützung von linksstehenden Nationalliberalen gegen Centrum oder Konservativen ins Auge gefaßt werden. Was wir zu verhindern haben, ist die Bildung einer konservativ-liberalen Majorität im preussischen Landtag, durch welche das preussische Centrum in Versuchung käme, im Reichstag zu einer volksfeindlichen Politik die Hand zu bieten gegen Zugeständnisse auf dem Gebiet der Schul- und Kirchenpolitik im preussischen Landtag.

Wenn aber dies der Fall ist, so wäre es nicht sehr zweckmäßig, die Entscheidung der Wahltheilnahme allein in den einzelnen Wahlkreisen nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse zu überlassen, wie das in der Hamburger Resolution bestimmt ist. Es müßte von vornherein dafür gesorgt werden, daß die Wahlbewegung und die Wahltheilnahme von höheren politischen Gesichtspunkten aus einheitlich organisiert und geleitet würde, und das wäre Aufgabe der Parteileitung. Derselbe müßte zugleich dem Hamburger Parteitagsbeschlusse, dessen Deutung bekanntlich widersprechend ist, eine eindeutige, für die Exekutive brauchbare und maßgebende Interpretation geben. Es darf nicht vorkommen, daß nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse vielleicht Zentrumswähler gegen die Nationalliberalen unterstützt würden. Dafür müßten höhere politische Gesichtspunkte maßgebend sein.

„Hamburger Echo“:

Wir haben bei unserem früheren Eintreten für die Theilnahme uns auch leiten lassen von der Erwägung, daß es gelte, die parlamentarische Herrschaft des Junkerthums zu vernichten. Der Gedanke aber, es sei möglich, den radikalen Liberalismus neu zu beleben, hat uns dabei nicht geleitet. An solch eine „Rebelebung“ haben wir nie geglaubt, und jetzt, nach den bei den letzten Reichstagswahlen gemachten Erfahrungen, können wir erst recht nicht daran glauben. Der radikale Liberalismus hat Front gemacht gegen uns im Umde mit Junkern und sonstigen Exekutionären, deren Bekämpfung durch Liberalismus und Sozialdemokratie wir uns lange gefaßt hatten. Während wir bei den Stichwahlen ehlich und offen, gemäß unserer Parteitagsbeschlüssen, die Freisinnigen unterstützen haben, sind diese uns zu gunsten konservativer, nationalliberaler, ultramontaner, bündlerischer und selbst antisemitischer Kandidaten in den Wahlen gefallen.

Wir müssen gestehen, daß wir in Rücksicht auf diese Thatsachen nicht mehr die Fähigkeit beimessen, gegenüber der gerechten Erbitterung, die in unseren Parteitagen über das Treiben der radikalen Liberalen herrscht, unseren früher vertretenen Standpunkt mit Erfolg aufrecht zu erhalten. Mehr und mehr greift in diesen Kreisen die Ansicht play, für diese unzuverlässige Gesellschaft uns bei den Landtagswahlen nicht zu engagiren, den radikalen

Liberalismus" seinem Schicksal zu überlassen. Die Reichstagswahlen waren eine Probe auf das Gemisch. Der radikale Liberalismus hat die Probe nicht bestanden und es sich selber zuzuschreiben, wenn die Massen der sozialdemokratischen Wähler seinem Kampfe mit dem Junkertum bei den Landtagswahlen mit unterschlagenen Armen zusehen.

„Offenbacher Abendblatt“:

Die Haltung der Breslauer Genossen entspricht durchaus unserer Auffassung. Es muß dem Freisinn gegenüber die Stärke unserer Partei zum Ausdruck gebracht werden. Würden unsere Genossen (im ersten Wahlgange, Red. d. B.) für freisinnige Wahlmänner stimmen, so wäre überhaupt nicht zu erkennen (oder jedenfalls würde es der Freisinn nicht zugeben), in welchem Maße die Freisinnigen von der Sozialdemokratie abhängen. Dem ist nun in Breslau vorgebeugt!

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Der Hamburger Parteitag hat befehlend neben der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen auch beschlossen: die Herausgabe einer Broschüre, welche geeignet ist, insbesondere unseren zur Agitation berufenen Genossen Belehrung über die mannigfachen Fragen der preussischen Landtagswahlen zu geben.

Diese Schrift wird im Laufe der nächsten Woche durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Deutschstr. 2, ausgegeben werden, worauf wir die Genossen schon heute aufmerksam machen. Neben den gesetzlichen Bestimmungen über die Landtagswahl und dem Reglement hierzu sind in der Broschüre auch die wichtigsten Eigentümlichkeiten dieser Wahl und ihre Wirkungen an Beispielen erläutert aus den Ergebnissen der letzten (1893er) Wahlen mit kurzem Hinweis auf ein früheres Ergebnis (1862), und insbesondere sind die unterscheidenden Merkmale gegenüber der unseren Genossen wohlbelannten Reichstagswahl hervorgehoben.

Preussische Landtagswahlen. Auf der Parteikonferenz für den 11. hannoverschen Kreis Einbe- u. Northelm kam man, wie der „Volkswille“ berichtet, in Beziehung auf die Landtagswahlen zu der Ansicht, daß die Sozialdemokratie ihren passiven Standpunkt verlassen müsse, und daß es taktisch richtig sei, dafür zu sorgen, daß die Macht des Junkertums in preussischen Abgeordnetenhaus gebrochen wird. In letzter Zeit habe die Reaktion versucht, ihr Hauptoperationsfeld in die Einzelmandate zu verlegen, wovon die Bekämpfung des Wahlrechts in Sachsen, der Gegenteil von in preussischen Abgeordnetenhaus betreffend die Änderung des Vereins- und Versammlungsrechts u. s. w., den besten Beweis lieferten. Hinsichtlich des Eingehens von Kompromissen mit bürgerlich-oppositionellen Elementen wurde betont, daß dies für die Sozialdemokratie in prinzipieller Hinsicht nicht verwerflich sein werde, da wir von unseren prinzipiellen Forderungen nicht das geringste opfert. Schließlich einigte man sich dahin, daß es notwendig sei, sich an den Landtagswahlen zu beteiligen.

Telegraphische Meldungen zufolge hat sich auch die Sozialdemokratie Elberfelds für die Beteiligung an der Landtagswahl entschieden.

Auf der Parteikonferenz für den Kreis Sorau-Forsit, die am Sonntag in Gassen abgehalten wurde, waren unsere Freunde darin einig, daß die Gefahr, die von einer reaktionären Mehrheit des Landtages droht, nicht zu unterschätzen ist; ob aber durch unser Eingreifen bei den Neuwahlen diese Gefahr verhütet werden kann, darüber war man geteilter Meinung. Da die Debatte kein positives Resultat ergab, setzte die Konferenz die Beschlußfassung aus und bestimmte, daß die Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen in einer gemeinsamen Konferenz mit den Parteigenossen des Kreises Guben besprochen werden soll. Das Bureau erhielt den Auftrag, das nötige Geld zu sammeln und diese Konferenz so schnell wie möglich einzuberufen.

Bei der Gemeinderatswahl in Egelsbach in Hessen wurden von den drei sozialdemokratischen Kandidaten der Landwirt Burm mit 162 und der Landwirt Berner VI mit 153 Stimmen gewählt. Der dritte Kandidat, Zimmermann Joh. Kappes II, erhielt 71 Stimmen. Wahlberechtigt waren 441, abgestimmt haben 162 Personen.

Reichstagswahlen. Das Central-Wahlkomitee für den Kreis Solingen hatte bei 2294,60 M. Einnahme eine Ausgabe von 1014,90 M. Einzelne Sammellisten stehen noch aus. Im Kreis Delitzsch-Bitterfeld betragen die Wahlkosten und 9000 M., wovon noch 596 M. zu beden sind. Kreis Karlsruhe: Einnahme 3408,67 M., Ausgabe 3756,92 M. Kreis Einbe- u. Northelm (11. Hannover): Einnahme 2308,55 M., Ausgabe 2568,69 M. Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben: Einnahme 2301,20 M., Ausgabe 2252,09 M.

Politikalisches, Gerichtliches etc.

Der Parteigenosse Jappay in Forst, Redakteur der „Märkischen Volkstimme“, hat am 13. August im Amtsgerichtsgefängnis daselbst eine sechsmonatige Gefängnisstrafe angetreten.

Vom Schöffengericht in Liegnitz waren vor einiger Zeit mehrere Parteigenossen wegen Verbreitung sozialdemokratischer Schriften und einer wegen Anstiftung hierzu zu 15 M. Geldstrafe oder fünf Tagen Haft verurteilt worden. Infolge der eingeleiteten Verlegung mußte sich die Ferien-Kammer des Landgerichts in Liegnitz mit der Sache beschäftigen. Dieses Gericht sprach den „Kassierer“, Genossen Mehring, frei, verurteilte aber die Verhandlung gegen die übrigen Missethäter, um weitere Zeugnisse zu entnehmen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Kleinpner! Freitag, den 12. August, legten sämtliche Kleinpner der Firma F. Gehrlke (Fabrik für Bade-Einrichtungen), Pringestr. 33, die Arbeit nieder. Die Ursache ist kurz folgende: Im Jahre 1890 versprach die Firma den Arbeitern die Aushängung eines Lohnzines. Da nun fortgesetzt den Arbeitern für ein und dieselbe Arbeit verschiedene Preise geboten wurden, ermunterten die Arbeiter wiederholt an das gegebene Versprechen, jedoch vergeblich.

Am 11. Juli erklärten daher die dort beschäftigten Kleinpner, nicht eher weiter arbeiten zu wollen, bevor der Lohnzins in der Werkstätte ausginge. Diesem Verlangen kam nun die Firma nach. Aber nur zu bald entdeckten die Arbeiter, wie wenig auf das Wort eines Unternehmers zu geben sei, denn trotz des bekannt gegebenen Lohnzines wurden fortgesetzt Versuche gemacht, diverse Arbeiten zu billigeren Preisen fertigzustellen. Hiergegen protestierten natürlich die Arbeiter. Am nun die Unzufriedenheit los zu werden, entließ die Firma zwei Kleinpner; die Folge hiervon war, daß die übrigen dort Beschäftigten gleichfalls die Arbeit niederlegten.

Ein gütlicher Ausgleich wurde seitens der Firma abgelehnt und ein Vertreter unseres Verbandes brutal abgewiesen. Der Unternehmer-Verband“ versucht nun mit allen Mitteln, Ersatzkräfte für die Firma zu beschaffen. Diejenigen Arbeiter, welche sich für die Firma Gehrlke anwerben lassen, werden unter dem Schutz des Arbeitsvermittlers der Unternehmer zur Werkstätte geführt. Polizei ist ebenfalls zur Stelle. Es fällt dadurch den Streikenden sehr schwer, den Zugang fernzuhalten, und erlassen wir alle Kollegen, dafür Sorge zu tragen, daß die Ursache des Ausstandes bekannt wird und der Firma die notwendigen Ersatzkräfte vorenthalten werden. Am Dienstag den 23. August findet in den Arminshallen, Kommandantenstr. 20, eine Versammlung sämtlicher Kleinpner, Kupferschmiede und Berufsgenossen statt, in der die weiteren Schritte beraten werden. Die Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Die Tagelöhner der Werkstatt Ford u. Kretschmar, Höchststraße 4, befinden sich im Ausstand. Beteiligt sind 31 Mann. Die

Ursache des Ausstandes ist in Logi sowie anderen Differenzen zu suchen. Zugang ist fernzuhalten. Die Agitationskommission.

Deutsches Reich.

Achtung! Arbeiter Deutschlands!

Durch das übermäßige Unternehmertum sind in Spandau fast sämtliche Maurer und Zimmerer ausgeperrt worden. Man beabsichtigt dadurch, die am Orte bestehenden Organisationen der Maurer und Zimmerer zu zerstören, um diese Arbeiter gänzlich nach Belieben behandeln und entlohnen zu können. Infolge der Aussperrung sind auch eine Anzahl Hilfsarbeiter arbeitslos geworden. Insgesamt sind (einschließlich der Familienangehörigen) 518 Personen zu unterstützen; hinzu kommen noch 39 Porzellanarbeiter, welche sich bereits seit drei Wochen im Streik befinden. Diesen großen Anforderungen, die insbesondere auch an die Spandauer Arbeiterkraft gestellt werden, ist diese nicht gewachsen; es ergeht daher an Euch der Ruf: Unterstützt die Kämpfenden moralisch, durch Abhaltung des Zuguges, und finanziell. Die Situation ist den Arbeitern sehr günstig, wenn diese auszuhalten vermögen. Darum: Schnelle Hilfe, doppelte Hilfe! —

Zuschriften und Sendungen sind zu richten an: Rieger, Spandau, Dismarckstr. 11.

Mit solidarischen Gruß

Das Spandauer Gewerkschafts-Kartell.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Der vierte Verbandstag der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, der in Kassel tagt, nahm einstimmig einen Antrag Schumann's aus Berlin an, wonach der den Delegierten zu unterbreitende Vorstandsbericht außer der Abrechnung des Kassiers noch sämtliche Jahrestellen aufweisen soll, und zwar mit Angabe der Mitgliederzahl und besonderer Aufführung der weiblichen Mitglieder. Der Bericht ist am Anfang oder Ende des Protokolls zu bringen und muß den Mitgliedern, die zum Verbandstag gehen, spätestens acht Tage vor Beginn des Verbandstages zugestellt werden.

Weiter beschloß der Verbandstag auf Antrag Stille's aus Vergeford: Der Vorsitzende und Kassier haben den Verbandsgegen eine festzusetzende Entschädigung ihre volle Arbeitskraft zu widmen. Es ist ein Bureau des Verbandes einzurichten, und dem Vorsitzenden für die Überlassung eines Zimmers sowie für Beleuchtung, Heizung und Heizung desselben eine jährliche Entschädigung von 200 M. zu gewähren.

Ein Antrag Leipzig's, im nächsten Winter zu gunsten des Verbandes eine größere Agitationstour in Sachsen zu unternehmen, wurde ebenfalls angenommen.

Zur Prüfung der Kassenaussagen wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt und dann beschlossen, zunächst über den Punkt Arbeitslosen-Unterstützung zu beraten.

In Hamburg ist die Einigung, die von den den Badergeleuten fremdblichen Badermeistern zwischen der Innung, den Mehlhändlern und der Streikleitung der Badergeleuten verhandelt worden war, an der Bornirtheit der Innung und der Mehlhändler gescheitert. Diese lehnten es ab, mit den Vertretern der Arbeiter zu unterhandeln. Des „Hamburger Echo“ bemerkt dazu: Die Innung und die Mehlhändler haben als Trabanten des Arbeitgeber-Verbandes wohl nicht anders handeln dürfen. Sie haben die ihnen angebotene Friedenshand zurückgewiesen und werden die Folgen zu tragen haben. Die von den Rational-Sozialen angebotenen Vergleichsverhandlungen werden sicher dasselbe Schicksal erleiden.

In Gera ist sämtlichen Werberei- Arbeitern der Schafschaf-Fabrik am Sonnabend gekündigt worden. Vor einigen Wochen hatten diese Arbeiter durch Einstellung der Arbeit eine Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgesetzt.

Die Hafnarbeiter Mannheims hatten den Unternehmern den Entwurf eines einheitlichen Tarifs vorgelegt. Die Direktoren der Lagerhäuser kamen ihnen entgegen, so daß eine Einigung erreicht wurde. Anders verhielten sich die kleinen Firmen, besonders die Kohlen- und Vordhändler, deren Zahl etwa 100 beträgt. Von diesen bequamen sich nur 3 zu einer Antwort. Die Hafnarbeiter werden nun an die großherzogliche Ober-Goldkammer, der nach den Erklärungen der Regierung im badischen Landtage das Hafnarbeiteramt für Mannheim übertragen werden soll, das Gesuch richten, zwischen ihnen und den kleinen Firmen zu vermitteln.

Soziales.

Arbeiter-Mißk. Beim Ausschlag des Treibriemens während des Ganges der Maschine wurde in der Willemsmann'schen Feilenhauerei in Hannover der Schleifer Mehje von der Transmissionsion erlegt und getötet.

Erhebungen über gesundheitliche Schädigungen im Gewerbe hat der Vorstand des deutschen Photographen-Vereins angestellt beschlossen. Entsprechend diesen Vorlesungen haben die Herren Dr. med. Alfred Jacoby-Berlin und Hans Klepp-Weimar einen Fragebogen ausgearbeitet. Die am 22. August in Magdeburg zusammentretende 7. Wanderversammlung wird über diese Angelegenheit noch befinden.

In den forporierten Kreisen des Tischlergewerbes wünscht man, daß die unfallversicherungsrechtliche Tischlerei aus den Holz-Berufsvereinigungen, zu denen sie jetzt gehört, herausgenommen und in einer eigenen Berufsvereinsvereinsvereinigt werde. Zur Begründung der Forderung beruft man sich darauf, daß die Tischlerei gegenwärtig mehr belastet werde, als der Höhe ihrer Unfallgefahr entspreche.

Spanien und Amerika.

Nach in letzter Stunde haben die Amerikaner einen großen kriegerischen Erfolg verzeichnen können. **Manila, die Hauptstadt der Philippinen,** hat bedingungslos kapitulieren müssen. Dierüber liegen folgende Mitteilungen vor:

Der Generalgouverneur der Philippinen, General Augustin, ist am 5. d. M. abgelegt worden. Der Oberbefehl ist von Jaundanes (?) übernommen. Der amerikanische Monitor „Montezuc“ ist angekommen. Die Beschießung Manilla's von der Land- und Seeleite aus war vom 9. d. mittags ab angelündigt. Am 13. d. hat Manilla sich den Amerikanern übergeben, letztere haben ihre Flagge gehißt. Die spanischen Offiziere sind in Freiheit gelassen worden. Die Justiz und die Verwaltung bleiben spanisch. Die Insurgenten sind außerhalb der Stadt.

Ueber den Fall von Manilla wird ferner aus Hongkong folgendes bekannt: Am 13. d. verlangte Admiral Dewey die Uebergabe Manilla's innerhalb einer Stunde. Auf die Weigerung der spanischen Behörden beschloß Dewey die Stadt mit dem Erfolg, daß die Spanier die weiße Flagge hielten. Von dem Bombardement wurden nur die Vororte betroffen, die Stadt selbst hat keinen Schaden erlitten.

Aus Anba liegen heute die folgenden Nachrichten vor: Der Generalgouverneur von Anba, Marschall Blanco, hat seine Entlassung gegeben mit der Begründung, daß er nicht die Leitung der Räumung Anba's übernehmen könne. General Blanco hat eine Adresse an die Bewohner Anba's gerichtet, in welcher er erklärt, nachdem Spanien den Frieden beschlossen habe, betrachte er seine Mission als beendet und habe um seine Entlassung nachgesucht. Er habe den Frieden nicht bezweifeln können, nachdem er erst unlängst die Fortführung des Krieges empfohlen habe.

Das spanische Ministerium des Aeußern hat die amtliche Mitteilung von der erfolgten Aufhebung der Blockade Anba's empfangen. Die Rabelverbindungen sind wieder hergestellt. In den spanischen Häfen bereiten sich zahlreiche Schiffe vor, Lebensmittel nach Anba zu bringen.

Aus Portorico, und zwar aus Ponce, liegt die folgende Depesche vor:

Der amerikanische General Miles telegraphierte an den spanischen General Macias in San Juan die Nachricht von der Unterzeichnung des Friedensprotokolls und empfing von Macias die Empfangsbestätigung. General Miles sandte ferner einen Parlamentär an den Kommandanten in Aibonito mit derselben Mitteilung.

Ueber die **Friedensverhandlungen** liegen heute die folgenden Nachrichten vor, und zwar aus Washington: Staatssekretär Day und der Senator Davis von Minnesota sind zu Kommissaren für die Friedensverhandlungen ernannt worden.

Die Königin-Regentin von Spanien ließ der französischen Regierung ihren Dank für die zur Herbeiführung des Friedens geleisteten guten Dienste aussprechen und beauftragte gleichzeitig den Botschafter Castillo, dem Minister des Aeußern Delcassé mitzuteilen, daß sie ihm das Großkreuz des Ordens Karls III. verliehen habe; die Königin-Regentin verlieh dieselbe Auszeichnung dem französischen Botschafter in Madrid, Patenotire, und dem in Washington, Canton.

Der „Intern. Kor.“ wird aus Madrid berichtet: Die Zeitung „Gerardo“ bringt aus dem Munde eines der Regierung sehr nahe stehenden Abgeordneten folgende Erklärung: „Die Unterzeichnung des vorläufigen Friedensprotokolls bedeutet für Spanien nach Ansicht der Regierung keineswegs einen Abschluß des Streites mit den Vereinigten Staaten. Die Schwierigkeiten, welche die einzusetzenden Kommissionen bezüglich der kubanischen Schuld und der Philippinenfrage zu bewältigen haben, sind so bedeutend, daß sich die Verhandlungen möglicherweise ein Jahr lang hinzuziehen können, ohne daß deren Ergebnis vorausgesehen ist. Jedemfalls wird deshalb Spanien seine Verteidigungsmittel weiterhin in Bereitschaft halten müssen.“ — Mit dieser Erklärung stimmt die Ankündigung überein, daß das Kriegsministerium soeben einen größeren Organisationsplan behufs Verstärkung der Artillerie fertig gestellt hat.

Besondere Angst dürften die Amerikaner über diese Drohungen nicht empfinden.

In Spanien scheint man nun die Folgen des Krieges mehr zu fürchten als früher die Kriegserklärung. Aus Biarritz wird der „Magdeburger“ telegraphiert: „Viele vermögende spanische Familien begeben sich nach Frankreich, um dort einzuweichen zu bleiben. Die Ursache ist vielfach die unsichere Lage in Spanien, das ihre Leben und vor allem die Furcht vor einer allgemeinen Revolution, hervorgerufen durch die Karlisten. Die Führer der Karlisten halten in Biarritz große Versammlungen ab; ihre Agitation ist eifrig. Kontriere von Don Carlos kommen und gehen über die Grenze. Man glaubt allgemein, daß sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages die Karlisten sich erheben und eine Empörung anzetteln werden. Die Regierung hat in allen Städten, wo ihr Karlisten bekannt sind, diese durch die Polizei bewachen lassen.“ Ein im „Tiempo“ veröffentlichter Artikel, der dem Führer der Konservativen, Silvela zugeschrieben wird, wendet sich gegen die Politik der Regierung und bemerkt, wenn man diese Politik nicht bald ändere, werden schwere und gefährliche Wirren im Innern entstehen.

Die „Voss. Ztg.“ schreibt heute: Die spanische Regierung hat damit begonnen, ihre Truppen aus Anba nach Spanien zurück zu schaffen. Damit wird für sie die Frage brennend, was aus den heimkehrenden Offizieren werden soll und wie der Staat die Kosten aufbringen soll, die ihm hieraus erwachsen. Die Zahl der Offiziere des spanischen Kolonialheeres ist sehr groß und die Kosten, die dem Staat dadurch erwachsen, sehr bedeutend, so daß mehr als einmal hierüber Klagen im Mutterlande laut wurden. Bisher wurden diese zahlreichen Offiziere im aktiven Dienst verwandt, jetzt jedoch, wo Anba und Portorico Spanien verloren gehen, ist eine Verwendung im Kolonialdienste nicht mehr möglich. Auch gegen die Verwendung im aktiven Dienst der spanischen Armee sprechen gewichtige Gründe, die Voraussetzung hierfür wäre, daß die spanische Armee verneuert würde, wofür gegenwärtig der Regierung die erforderlichen Mittel fehlen; verfügt diese doch nicht einmal über die Summen zur Zahlung des rückständigen Soldes an die kubanischen Truppen. Wollte sich die spanische Regierung entschließen, die überflüssig gewordenen Offiziere des Kolonialheeres auf Halblohn zu setzen, würden sich die Kosten für sie zwar verringern, aber die Unzufriedenheit gegen die Regierung würde sich in sehr breiten Massen mehren. Der jämmerliche Zustand, in dem sich die heimkehrenden Offiziere und Waiwaischen befinden, ist dazu geeignet, die leicht erregbaren Gemüter bei der an sich vorhandenen Unzufriedenheit noch mehr zu erhitzen. Der Berichterstatter des „New-York Herald“ schildert den peinlichen Eindruck, den die ersten heimkehrenden spanischen Kriegsgefangenen, die vergangene Woche aus einem der gelaperten amerikanischen Rauffahrteischiffe in Gibraltar ans Land stiegen, auf die Zuschauer machten, als sie den spanischen Boden in Algerien betraten. Sie waren mittellos und auf die öffentliche Mithätigkeit angewiesen, ihre Kleider waren abgerissen. In dem armen Algierais konnte wenig für sie getan werden und so mußten sie warten, bis die Regierung sie weiterbefördern und mit spärlichen Rationen versehen ließ. Solche Vorgänge sind begreiflicherweise geeignet, die Unzufriedenheit zu schüren, und sie werden sich mehren, wenn erst die großen Truppentransporte aus Anba eintreffen. Welchen Ausweg die spanische Regierung schließlich finden wird, um die überflüssigen Offiziere und Beamten, die jetzt ins Mutterland zurückfließen, anderweitig unterzubringen oder gebührend zu entschädigen, läßt sich vorläufig nicht absehen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein großer Speicherbrand rief Dienstag Abend 10 Uhr einen großen Teil der Berliner Feuerwehre nach der Wichmannstr. 5. In beiden Seitenflügeln des sehr tiefen, bis zum Lägerkeller reichenden Gebäudes besitzt das Transport- und Expeditions-geschäft von Gustav Knauer große Speicher, die vorwiegend mit Möbeln angefüllt sind. Auf noch nicht ermittelte Weise war im dritten Stock des linken Seitenflügels Feuer ausgebrochen. Da dasselbe reichliche Nahrung fand und sich unheimlich schnell ausdehnte, auch zu beschränken war, daß die übrigen Speicher in Mitleidenschaft gezogen wurden, erging die Meldung „Mittel-feuer“ und bald war ein großes Löschaufgebot zur Stelle. Obgleich nun sowohl von der Wichmannstr. wie vom Läger-Ufer aus mit 8 Schlauchleitungen vorgegangen wurde, konnte doch weder der Dachstuhl noch der vom Feuer erfaßte Teil des dritten Stockes gehalten werden. Letzterer brannte vielmehr in einer Ausdehnung von 12 Fenstern Promi total aus. Der Schaden ist bedeutend.

Anba, 16. August. (W. Z. B.) Amtlich wird gemeldet: Der um 4 Uhr 35 Minuten von Koblenz einlaufende Personenzug fuhr infolge zu spätem Bremsens bei langsamem Fahrt auf den Wellbock auf dem hiesigem Hauptbahnhof auf. Acht Personen trugen unbedeutende Verletzungen davon.

Paris, 16. August. (W. Z. B.) Nach Meldungen aus Zamalaba wurde der Kreuzer „La Perouse“, an dessen Bord General-Gouverneur Gallieni eine Inspektionsreise machte, am 31. v. M. infolge eines Sturmes, während er vor dem Fort Dauphin vor Anker lag, an die Rüste geschleudert. Das Schiff ist verloren, die gesammte Mannschaft ist gerettet. Im Verlaufe seiner Reise nahm Gallieni die Unterwerfung zahlreicher Auführer der Sozialisten entgegen.

Paris, 16. August. (W. Z. B.) Am Donnerstag wird der Unterjuchungsrichter Fabre mit dem Oberst Picquart ein einstündiges Verhör vornehmen, mit welchem die Untersuchung abgeschlossen sein wird. Fabre wird seine Entscheidung wahrscheinlich nicht vor Sonnabend erlassen.

Lissabon, 16. August. (W. Z. B.) Witterungsmeldungen zufolge ist das neue Ministerium wie folgt zusammengesetzt: Prästium und Inneres Luciano de Castro (wie bisher), Krieg Oberst Sebastian Telles, auswärtige Angelegenheiten Vieira, Finanzen Espregueira, Justiz Alpoim, Marine Silveira, öffentliche Arbeiten Evaristo Brito. Die politische Lage ist völlig unverändert.

Nonstantinopel, 16. August. (W. Z. B.) Zweiunddreißig wegen jungtätlicher Umtriebe nach Tripolis verbannte Militärpersonen wurden begnadigt und in ihre früheren Chargen wieder eingesetzt.

Kommunales.

Bekanntlich hatte die Stadtverordneten-Versammlung auf Antrag des Magistrats sich damit einverstanden erklärt, daß eine dauernde gesundheitliche Beaufsichtigung der in Berlin in Waisenkostpflanzungen untergebrachten Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre (Säuglinge) erfolge und bewilligte zu diesem Zweck für das Etatsjahr 1898/99 die beantragte Summe von 4500 M., jedoch mit der Maßgabe, daß 1. solange ein Arzt Mitglied der Waisenverwaltung ist, demselben die Aufsicht über diese Einrichtung als Dezentern übertragen werde, 2. die Kinderpflegerinnen den im Ehrenamt wirkenden Mitgliedern der Gemeinde-Waisenträfte — Herren und Damen — namhaft gemacht werden, denselben subordiniert sind und die Berichte über die Säuglinge außer den Ärzten auch den vorbezeichneten Personen zugehen lassen, 3. nach Ablauf eines Jahres über die gemachten Erfahrungen der Versammlung ein Bericht mit den notwendigen statistischen Angaben zugehe. Der Magistrat hat nun beschloffen, die unter 2 und 3 des vorstehenden Beschlusses gestellten Bedingungen anzunehmen, dagegen bezüglich der Bedingung unter 1 zu erklären, daß dies ihm unmöglich sei. Hinsichtlich dieses letzteren Punktes führt er an: „Das Dezernat, betreffend die dauernde, gesundheitliche Beaufsichtigung der in Berlin in Waisenkostpflanzungen untergebrachten Säuglinge, ist, wenn gleich ärztliche Fragen mit demselben verknüpft sind, ein Verwaltungsdezernat, wie jedes andere. So lange ein zur Erledigung dieses Verwaltungsbezirks geeigneter Arzt, welcher auch die nötige Zeit für die Arbeiten desselben hat, Mitglied der Waisenverwaltung ist, wird sich naturgemäß der Vorsitzende der letzteren durch das eigene Interesse seiner Verwaltung veranlaßt finden, diesem Arzt das Dezernat zu übertragen. Dies aber durch einen Gemeindebeschluss ein für alle Male festzulegen, würde gegen den § 20 Abs. 2 in Verbindung mit § 18 Abs. 3 Nr. 2 des Geschäftsregulativs für den Magistrat in Berlin vom 14. Juli 1894 verstößen. Hiernach ist es Sache des Vorsitzenden einer Verwaltungs-Deputation, die Geschäfte unter die Mitglieder derselben zu verteilen und diese Befugnis kann durch einen solchen Beschluss nicht aufgehoben werden.“ Der Magistrat wird daher bei der Versammlung beantragen, sie möge sich damit einverstanden erklären, daß in dem von derselben oben erwähnten Beschlusse die Bestimmung unter 1 in Wegfall komme.

Lokales.

Freie Volkshöhle. Meldungen neuer Mitglieder werden jetzt in allen Zahlstellen gegen Hinterlegung des Einschreibegeldes von 65 Pf. und eines Monatsbeitrages von 65 Pf. entgegengenommen. Die Aufnahmen beginnen am 4. September im Vesting-Theater mit dem Drama „Die Waise“ (Paul Lindau) „Galeotto“. Die erste Abtheilung ist geschlossen. Die Ordner des Vereins werden dringend ersucht, in der heutigen Sitzung der Ordner im Restaurant Jubel abends 8 1/2 Uhr zu erscheinen und neue Ordner anzumelden. Der Vorstand. J. A. G. Winkler.

Sport. Wir sind immer noch in der Hochsaison der Pferderennen, Regatten und Radwettkämpfe. Das Geschäft der Wagnarderei blüht. Beim Totalisator werden riesige Summen umgesetzt. Alles zur Hebung der Pferdezucht. Das ist kein Hazardspiel. Rein, die edlen Anlagen des Volkes werden dadurch gefördert. Wie erbebend ist z. B. ein Pferderennen! Namentlich in der dröhnenden Hitze. Da stehen die abgerichteten Gänge im Sonnenbrand; die Sportsmänner rund herum. Nur Eile, nur Eile, nur beste Gesellschaft. Alle Vorzüge und Nachteile der Gänge werden besprochen und bestritten. Selbstverständlich nur aus Interesse für die Tüchtigkeit der Pferde. Daß man sich dann auch ein wenig am Totalisator beschäftigt, ist doch ganz natürlich! Man muß doch immer das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden. — Ein Pistolenschuß. Die Pferde werden von ihren Reitern losgelassen. Die erste Elle haben sie glatt genommen. Nun kommt ein Graben. Eins springt zu kurz. Mit einem gebrochenen Bein bleibt es liegen. In den Logen und auf den Tribünen große Entrüstung über den schlechten Reiter. Gewiß, weil durch ihn dem Pferd solche Schmerzen zugefügt worden sind? Nein, alle die auf das Pferd geschaut haben, gewinnen ja nun nicht. Das wilde Reiten geht weiter. Gärten werden übersprungen, Mauern genommen. Durch die Gläser kann man sehen, wie die Pferde scheuchen. Ihre Junges hängt heraus. Die Augen quellen hervor. Das eine will ein bißchen langsamer laufen — verknäueln. Hui — giebt's was mit der Gerte. Die Pferdezucht muß doch gehoben werden! Ein anderes ist so dumm, seinen Galopp zu verlangsamen. Es will durchaus nicht einziehen, daß seine Ehre und überaus die ganze nationale Pferdechre auf dem Spiele steht. Na, da muß es doch ein wenig aufgeregter werden. Auf den Tribünen wird man immer erregter. O, wie wird man sich freuen, wenn Pfeil gewinnt! Andere werden jauchzen, wenn Pfeil lehter wird. Sie lieben nun mal das andere Pferd so sehr, daß sie nur ihm den Sieg gönnen. Und nun kommt das Ge-trappel und Gestampfe näher. Die Reiter schlagen. Wieder hier und da Entrüstung. O, man hat noch Gefühl — dem Pfeil hat nicht genug Prügel bekommen und wird nun lehter. Und als die Pferde durchs Ziel sind, löst sich die Erregung. Man eilt gewiß nach den Pferden? Nein zum Totalisator. Die Pferde zittern und scheuchen; sie werden abgeführt, erschöpft, halb todt, schweißend. Die Pferdezucht ist nun wirklich gehoben. Ein Blick war es noch, daß der Reiter, der mit dem Pferde gefährt ist, sich keinen Schaden gethan hat. Aber das kommt auch vor.

Einen erfreulichen Gegensatz zu diesen „Wettkämpfen“ bilden die Regatten und Radrennen. Auf ihnen werden wirklich Fähigkeiten vorgeführt. Zwar sind diese gefunden, vernünftigen Sportarten für die große Masse nicht zugänglich. Inwiefern bieten sie größeren Reiz und Erholung. Selbstverständlich aber ist es, daß bei der geschäftsmäßigen Art — viele Radfahrer machen nur in Bekleidungs- und Schuhfabriken — auch hier wilde Triebe sprechen. Ein Zeichen dieser Entartung ist das geplante Vierundzwanzig-Stunden-Rennen, das noch zu gutrecht verboten wurde. Eine solche Sportfregerei kann nicht ernst genommen werden. Sie ist höchstens symptomatisch für unsere heutige Gesellschaft, die auf der Jagd nach Reizen auf die widerwärtigsten Sachen kommt.

In dem verlogenen Bericht der „Verl. Kunst. Nachr.“ über die Verhältnisse in der Spandauer Militärwerkstätte, den wir bereits in der gestrigen Nummer behandelt hatten, meldet die „Voss. Zig.“, daß diese Auslassungen in Spandau große Erregung hervorgerufen haben. Die Arbeitervereine der Militärwerkstätten sind zusammengetreten, um die Direktion zu ermahnen, gegenüber den Schilderungen der „Verl. Kunst. Nachr.“ Stellung zu nehmen. Auch die Feldzeugmeister, die vorgelegte Behörde der Militärwerkstätten, hat sich mit der Angelegenheit bereits beschäftigt.

Die Sterblichkeit an akuten Darmkrankheiten ist infolge der vorwiegend kalten Witterung, die diesen Sommer auszeichnet, auch im Juli verhältnismäßig niedrig gewesen, wenn sie auch gegenüber der des Juni gestiegen ist. In Berlin starben, nach den bis jetzt vorliegenden Wochenergebnissen des Berliner Statistischen Amtes, in den beiden je vierwöchigen Zeiträumen 29. Mai bis 25. Juni und 20. Juni bis 23. Juli besonders an Magen- Darmkatarrh 57 und 90, an Diarrhoe 56 und 98, an Dysenterie 80 und 150, zusammen 193 und 347 Personen, fast ausnahmslos Kinder unter zwei Jahren. Die meisten Sterbefälle kamen wieder in den Arbeitervierteln vor. In den vier Wochen 29. Juni bis 23. Juli wurden namentlich im östlichen Teil des Stralauer Viertels 51, in der Cranenburger Vorstadt 28, auf dem Wedding 31, in der nördlichen Rosenhäger Vorstadt (Gesundbrunnen) 68 Sterbefälle dieser Art gemeldet. Dagegen lassen sich die wohlhabenderen

Stadtteile nur vereinzelte Fälle, die wenigsten — ein einziger Fall in vier Wochen — diesmal auf die Friedrichstadt. Das sind die absoluten Zahlen; aber auch relativ — im Verhältnis zur Zahl der Lebendgeborenen — sind die Opfer, die der Sommer unter den Kindern zu fordern pflegt, in den wohlhabenderen Stadtteilen stets viel weniger zahlreich als in den ärmeren. — In den Vororten war die Sterblichkeit an akuten Darmkrankheiten in diesem Sommer bisher gleichfalls verhältnismäßig gering. Nach den Wochenergebnissen des Gesundheitsamtes wurden vom 29. Mai bis 25. Juni bezw. vom 26. Juni bis 23. Juli Sterbefälle dieser Art gemeldet: in Charlottenburg 21 und 35, in Nizdorff 24 und 32, in Schöneberg 7 und 12.

Die Frequenz des städtischen Obdachs hatte in den Vorjahren von 1891 ab ungewöhnlich stark zugenommen, war aber, nachdem sie im Winter 1894 zu 95 ihren Höhepunkt erreicht hatte, dann wieder beträchtlich zurückgegangen. Neuerdings ist nun in der Abtheilung für nächtliche Obdachlose wiederum eine Steigerung eingetreten, die sich besonders seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahres (im Frauen-Obdach erst seit der ersten Hälfte dieses Jahres) recht bemerkbar gemacht hat. Es wurden aufgenommen: im Halbjahr 1. Juli bis 31. Dezember 1897 (bezw. in demselben Zeitraum 1896) 112 290 (101 825) männliche, 4496 (4655) weibliche, zusammen 116 786 (106 480) Personen, im Halbjahr 1. Januar bis 30. Juni 1898 (bezw. in demselben Zeitraum 1897) 203 536 (186 467) männliche, 5489 (5271) weibliche, zusammen 209 025 (191 738) Personen. Die Frequenzzunahme gegen das Vorjahr ist so bedeutend, daß sie aus den gewöhnlichen Ursachen (Bevölkerungszunahme, Zug u. s. w.) allein nicht erklärt werden kann. Sie ist eingetreten, obwohl das außer dem städtischen Obdach hier bestehende Vereinzelobdach im Dezember 1896 die Zahl der Schlafstätten für Männer, um dem Bedürfnis mehr als bisher genügen zu können, von 300 auf 700 erhöht hat. Anzeichen erklärt sich die Zunahme der Frequenz des städtischen Obdachs daraus, daß es mit der in den letzten Jahren beobachteten Mehrung der Arbeitslosigkeit (bei der für Berlin noch ein besonderer Umstand, der Einfluß der Gewerbe-Ausstellung von 1896, in Betracht kam) bereits wieder vorbei ist.

Der viergleisige Ausbau der Ringbahn, welcher noch immer nicht an allen Stellen erfolgt ist, soll jetzt auf dem Siedring zwischen den Stationen „Eberstraße“ (Schöneberg), Tempelhof und Nizdorff in nächster Zeit durchgeführt werden. Der bahntechnische Entwurf für den Ausbau ist bereits landespolizeilich geprüft. Auch hat auf Anordnung des Regierungspräsidenten auf dem Bahnhof Tempelhof bereits ein Vorarbeitenstatistikbüreau, in welchem dem Privatinteressenten Gelegenheit zur Wahrnehmung ihrer Rechte geboten war. Und jetzt hat der Bezirksausschuß auf Grund des Entschlusses der Stadtverordneten, daß zum Zwecke örtlicher Aufnahmen der für den Bahnausbau innerhalb der Gemarkung Schöneberg in Anspruch zu nehmenden Flächen jeder Besitzer auf seinem Grundstück die dazu erforderlichen Handlungen zu lassen habe. Bemerkenswert ist dabei, daß diese Erweiterung der Ringbahnanlage auf der bezeichneten Strecke zwar in erster Linie zur Bewältigung des Güterverkehrs dienen soll, der dort jetzt bei dem Mangel eines dritten und vierten Gleises nur während der paar vom Personenverkehr freien Nachstunden stattfinden kann. Zugleich aber soll dieser Ausbau des Siedrings zur Verwirklichung des im Schosse der Eisenbahnverwaltung schon seit längerer Zeit ins Auge gefaßten Planes dienen, Vollringzüge einzurichten, die namentlich zur Verkehrsentlastung der Stadtbahn unter Umgehung dieser und ebenso auch der sogenannten Umsiegeleisen der Stadt-Ringbahn: Charlottenburg, Stralau-Hummelsburg und Schöneberg, in einer Fahrt nur rings um Berlin herumgeführt werden und eben nur den Verkehr zwischen den Stationen der eigentlichen Ringbahn vermitteln sollen. Die Einführung dieser Verkehrsänderung ist zwar noch nicht spruchreif und dürfte wohl erst in einigen Jahren greifbare Gestalt erhalten. Da sie aber bereits geplant ist, so werden bei dem weiteren Ausbau der Ringbahn die später dadurch entstehenden gesteigerten Betriebsanforderungen schon jetzt mit in Rechnung gezogen, wozu vor allem auch die Erweiterung der Gleisanlagen auf der Bahnstrecke gehört, die zwischen den Stationen „Eberstraße“ und „Tempelhof“ die beiden nach der Station „Schöneberg“ zu führenden Siedringstrecken außerhalb von Schöneberg bereits verbindet, jedoch jetzt nur zwei Gleise besitzt und nur für den Güterverkehr und zum Rangierbetrieb benutzt werden kann.

Die Stadt Berlin als Unternehmern von Straßenbahnen. Die Abt. der Verkehrsdeputation, Straßenbahn-Unternehmungen in städtische Regie zu nehmen, scheint ihrer Verwirklichung entgegenzugehen. Nachdem Stadtbaurath Krause mit den Mitgliedern der Deputation die Kaiser Franz Josef's - Untergrundbahn zu Budapest besichtigt hat, ist auch Baurath Gottheimer zum Studium dieser Musteranlage dorthin gereist. Den beiden genannten Beamten der Berliner Bauverwaltung dürfte die Bauleitung der künftigen Unterpflaster-Bahn-Anlagen übertragen werden. Das zunächst für städtische Verkehrszwecke andererseits Unternehmungen, die Zweiglinie der Hochbahn vom Unterpflaster - Bahnhof Potsdamer Platz nach der Schlossbrücke, für welche bereits ein Projekt der Siemens u. Halske Aktien-Gesellschaft fertig vorliegt, wird wohl mancherlei Schwierigkeiten bieten. Man wird hier tief unter den Grundwasserstand geraten und vermag bei den leibigen Bodenverhältnissen Berlin nicht voraussetzen, in welcher Weise die Fundierung des Tunnelbaues gelingen wird. Baurath Krause ist indeß willens, einen Anfang zu machen, und er wird dabei auch nicht stehen bleiben; es soll vielmehr gleich ein ganzes Reg. von unterirdischen Straßenbahnen auf Kosten der Stadt angelegt werden. Außer der genannten Strecke ist nämlich eine Ringlinie geplant, welche die einzelnen Bahnhofe Berlins mit einander verbindet, ferner zwei Linien, welche die Stadt von Nord-West nach Süd-West beziehungsweise von Nord-Ost nach Süd-Ost durchkreuzen, dergestalt, daß beide mittels einer südlichen Verbindungslinie auch zusammenhängend betrieben werden können, so wie endlich eine West-Ost-Linie, welche durch einen Teil des Thiergartens und im Zuge unter den Linden und Kaiser Wilhelmstraße nach dem fernen Osten — Zentral-Bahnhof oder noch weiter bis Stralau-Hummelsburg — gehen soll. Ob diese letzte Linie genehmigt werden wird, erscheint zweifelhaft, weil durch dieselbe ein Teil der Stegallee, die Linden und der Lustgarten unterminiert sein würden, was nur unter erswerenden Bedingungen gestattet werden dürfte. Eine wichtige Vorfrage für die Verwirklichung eines städtischen Verkehrs-Unternehmens bildet ferner die voraussichtliche Rentabilität des Bahnbetriebes, für welche bisher nur lässliche Unterlagen gegeben sind, es liegt diesbezüglich nur das statistische Material der Londoner und der Budapest-er Untergrundbahn-Gesellschaften vor. Die Bauausführung wird sich hier nach Schätzungen der „Electrotechnischen Zeitschrift“ jedenfalls erheblich theurer stellen, als in London und Pest; man schätzt hier die Kosten eines Kilometers Unterpflasterbahn weit über zwei Millionen Mark. Danach würde das vom Stadtbaurath Krause geplante Straßenbahnnetz, welches gegen 40 Kilometer umfassen dürfte, einen Kostenaufwand von rund 80 Millionen Mark erfordern. Daß man angesichts einer so beträchtlichen Summe mit der denkbar größten Vorsicht zu Werke geht, ist nur zu billigen. Deshalb hat sich eben zum Studium der Bau- und Betriebsverhältnisse der Untergrundbahn der Baurath Gottheimer nach Pest begeben. Die Thatsache, daß ihn der Regierungs-Raumeister Lerche von der Firma Siemens u. Halske begleitet, scheint darauf hinzuweisen, daß man städtischerseits die Absicht hat, dieser im Bau von Untergrundbahnen erfahrenen Firma die Berliner Bahnbauten ausführen zu lassen.

Neue Waarenhäuser sind in letzter Zeit in Berlin in überraschend großer Zahl entstanden. Mit den Bauten Alt-Berlins wird

von Jahr zu Jahr immer mehr aufgeräumt; an hervorragenden historischen Gebäuden sind kaum noch ein Duzend vorhanden. Man denke nur an die Rosenstraße von einst und heute! Ein Gang nicht nur durch das Zentrum Berlins, sondern auch durch die Straßen der Vorstädte erfüllt mit Stämmen über die großen Geschäftshäuser. Wie die „Deutsche Tagesztg.“ mitzuthellen weiß, soll demnächst mit einer ganzen Anzahl neuer Bauten begonnen werden. In der Leipzigerstraße läßt eine Münchener Firma einen Glas- und Eisenpalast errichten. Das Gebäude erhält eine Front von nicht weniger als 60 Metern. Von außen wird der Beschauer auch nicht ein Stückchen Mauerwerk sehen. Größere bauliche Veränderungen finden zur Zeit auch in der Neuen Friedrichstraße statt. Eine Pelzwaaren-Firma hat dort einen ganzen Straßenblock angekauft, nämlich die Häuser Neue Friedrichstr. 61—63, die daran stoßenden Häuser in der Heidenstraße, Rosenstraße und Schmale Gasse, insgesamt 8 Grundstücke. Auf dem Platz soll ein Riesen-Waarenhaus errichtet werden. Bereits fertiggestellt und sehr schön sind folgende Neubauten: Das imposante Kaufhaus Klosterstraße 13—15, die Häuser Jägerstraße 47—48 und Spittelmarkt 4—7, die von der Dresdner Bank zur Errichtung einer Depositenkasse übernommen wurden. Ein kolossaler Rohbau ist sodann an der Stadtbahn 43—44 fertig gestellt worden und hat den Namen „Kaufhaus Stadtbahn“ erhalten; auch in der Chausseest. 67 ist ein neues Geschäftshaus entstanden. Gleichfalls sind in der Alexandrinenstraße und Kopenstraße direkt am Schlesischen Bahnhof, sowie in der Wilhelmstraße in der Nähe des Bellealliance-Platzes riesige, nur aus Steinquadern und Eisen errichtete Gebäude unter Dach gebracht worden. Das Großhospital bezieht sich mit riesigem Aufwand den kleinen Gevortreibenden den letzten Halt zu nehmen.

Zweifelnig-Postkarten? In nächster Zeit sollen, wie dem Berliner Tageblatt geschrieben wird, Zweifelnig-Postkarten zur Ausgabe gelangen und zwar zunächst für den Stadt- und Vorortverkehr größerer Städte. Die Postkarten werden durch Einzugskarten einer besonderen Dreifelnig-Marke auch dem allgemeinen Gebrauch nutzbar zu machen sein.

Großer Jubel herrschte am vergangenen Sonntag unter den jugendlichen Bewohnern im Hause Straßmannstr. 16. Der Wirth, Herr Kongo, hatte seinen zahlreichen kleinen Wälchen im Hause ein Erntefest arrangirt, bei dem es hoch herging. Neben zahlreichen kleinen Belustigungen fehlte es auch nicht an dem obligaten Kaffee und Kuchen und bis in den späten Abend hinein wollte das Singen und Springen kein Ende nehmen. Noch heute erzählen die Kleinen mit strahlenden Augen, wie schön das Erntefest war und der Wirth hat sich bei ihnen in hohe Achtung gesetzt.

Dingfest gemacht sind zwei Ringnepper in einem Lokal am Kottbuser Damm. Ein Kellner hatte eine Bierreise gemacht und war in dem bezeichneten Lokale eingelebt. Sehr bald gestellten sich zwei Männer zu ihm und küßten mit ihm ein Gespräch an. Im Laufe der Unterhaltung zeigte der eine dem Kellner einen Ring, der angeblich sehr werthvoll sein und über hundert Mark kosten sollte. Der andere bestätigte den Werth des Ringes. Schließlich boten sie dem Kellner den Ring zum Kauf an. Dieser begann scheinbar zu feilschen, um die beiden auf die Probe zu stellen und handelte den Preis bis auf 10 M. herunter. Dann entfernte er sich einen Augenblick und schickte unbemerkt nach einem Schenkmann. Derselbe kam auch sofort und brachte die beiden nach der Kottbuserstraße.

Radfahrer und Eisenbahn. Um Aufhebung der neuen, am 1. September d. J. in Wirklichkeit tretenden Bestimmungen betr. den Transport der Fahrräder auf der Eisenbahn war der Schuerverband deutscher Radfahrer beim Minister der öffentlichen Arbeiten vorstellig geworden. Diese Vorstellung ist jetzt im Namen und im Auftrage des Ministers beantwortet worden. In dem Bescheide wird betont, daß die am 1. September d. J. im Einklange der preussischen Staatsbahnen zur Einführung gelangenden Bestimmungen über die Abfertigung und Beförderung unverpackter einseitiger Zweiräder zur Aufrechterhaltung der Regelmäßigkeit und Sicherheit des Eisenbahn-Betriebes erforderlich seien. Derselben seien nach sorgfältiger vorheriger Prüfung durch die Eisenbahn-Verwaltung unter Theilnahme von Sachverständigen aus dem Kreise der Radfahrer erlassen worden und würden zweifellos, bei allseitig gutem Willen, zur Herabminderung hervorgetretener, zum Theil nicht länger erträglicher Mängel beitragen. Diese Mängel hätten sich hauptsächlich im Rad- und Vorortverkehr größerer Städte gezeigt und seien die neuen Vorschriften bestimmt, die durch das massenhafte Aufgeben von Fahrrädern der Ausflügler herbeigeführten Unregelmäßigkeiten in der Abfertigung und im Betriebe zu beseitigen.

In dem Bescheide wird ferner hervorgehoben, daß es in Radfahrerkreisen nicht genügend beachtet zu werden scheint, daß die neuen Vorschriften sich dabei nur auf unverpackte einseitige Zweiräder beziehen, daß aber für verpackte einseitige Zweiräder und für verpackte und unverpackte zwei- oder mehrseitige Fahrräder die bisherigen Vorschriften unverändert bleiben. Für längere mit Fahrrad zu unternehmende Reisen, bei denen auch jetzt schon die Räder in Körben verpackt aufgegeben würden, trete eine Erleichterung für die Reisenden nicht ein. Diese verpackten Räder würden nach wie vor als Gepäc auch in Schnellzügen befördert. Wie weit im übrigen Schnellzüge für unverpackte einseitige Zweiräder freigegeben werden könnten, unterliege dem pflichtmäßigen Ermessen der Verwaltungen.

Die künftigen Eisenbahndirektionen hätten auch bereits Anweisung erhalten, die Versuche zur Herstellung von Vorrichtungen zur sicheren und bequemen Unterbindung der Räder in den Packwagen fortzusetzen. Ein Anlaß zur allgemeinen Aenderung der neuen Bestimmungen liege daher nicht vor.

Für den Berliner Vorortverkehr hätten sich jedoch einige Abweichungen für die Abfertigung der Fahrräder als notwendig erwiesen, die von der künftigen Eisenbahndirektion Berlin bekannt gemacht werden würden. — Der Bezirk Berlin des Schuerverbandes deutscher Radfahrer wird angesichts dieses ministeriellen Bescheides am Freitag, den 19. d. M., abends 9 Uhr in den Armnhallen eine Versammlung abhalten, in welcher die für alle Radfahrer wichtigen Fragen: 1. Inwiefern ist eine Reform der Berliner Verkehrs-vorschriften für Fahrräder wünschenswert bezw. notwendig? 2. Der Transport der Fahrräder auf der Eisenbahn, zur Beförderung gelangen werden.

Seinen eigenen Sohn wegen Diebstahls angezeigt. Die 17-jährige Eheleute trafen sich in ihrem Bekleidungs- und besten Rufes; umfomehr wurden sie in der Raubartshaft ihres jetzt 23-jährigen Sohnes wegen bedauert, der trotz aller väterlicherseits zur Anwendung gebrachten Strafen ein Thunmüthig geworden und seinen Eltern viel Kummer bereitet hat. In der letzten Zeit durfte der junge Mann die elterliche Wohnung nicht mehr betreten, die sich gegenwärtig ohne Aufsicht befand, da sich Frau W. ihres leidenden Zustandes wegen in der Sommerfrische aufhält. Als der Kauslist am Samstagabend gegen 7 Uhr aus dem Bureau nach Hause kam, fand er, daß die Korridorhürde mittels Nachschlüssels geöffnet worden war. Ein Einbrecher, und zwar wie der Vater alsbald feststellen konnte, sein eigener Sohn, hatte in der Zwischenzeit die Wohnung vollständig ausgeplündert. Gold- und Silberfachen, sämtliche Werthgegenstände, Kleidungsstücke und Wäsche im Gesamtwerth von weit über 1000 M. hatte der Bube sich angeeignet und mit der Beute das Weite gesucht. Der entrüstete W., der in solcher Weise um sein in langen Jahren mühseliger Arbeit erworbenes Eigenthum gekommen, hat die Angelegenheit der Polizei mitgetheilt.

Aussen verursachte ein Selbstmordversuch, den ein junges Mädchen vorgestern Abend auf offener Straße verübte. Die Selbstmord-ladbinat, ein Fr. M., hatte in der Nähe der Vorlingstraße an einen Baum ein Stük Stroh geschlungen und suchte sich so vor den Augen der zahlreichen Passanten zu erhängen. Selbstverständlich wurde

die A. sofort aus ihrer Lage befreit, bevor sie irgend welchen Schaden genommen, und trotz ihres Protestes nach der Wache des 60. Postregiments gebracht.

Das 25jährige Jubiläum beging vor einigen Wochen still und ohne Aufsehen die Berliner Straßenbahn. In den Kreisen der Angestellten war vielfach die Meinung verbreitet, die Direktion würde sich an diesem Tage von einer recht liebenswürdigen Seite zeigen. Zweifler, die es ja allertwegen giebt und die trotz der scharfen Kontrolle, die über das Beamtenpersonal geübt wird, im reichlichen Maße sogar vorhanden sind, behaupteten, sie kennen die Geschäftspraktiken der Gesellschaft besser und es wäre das erste Mal, daß sie sich in ihren Annahmen täuschten, wenn irgend etwas für die Angestellten gethan würde. Und sie sollten auch diesmal recht behalten. Wohl war die Absicht vorhanden, den Angestellten eine kleine Gratifikation zu lassen, aber der Herr Direktor Schiller erklärte einfach, daß die Gesellschaft eine solche Ausgabe nicht leisten könne und damit war die Sache erledigt. Gewiß, das wäre auch gegen alle kapitalistischen Grundsätze. Erst kommen die armen Aktionäre, die ihr sauer erworbenes Geld, das in dem Unternehmen steckt, anständig verzinst haben wollen und an der falschen Sentimentalität, daß auch für die Arbeiter ihres Betriebes eine Fürsorge walten müsse, hat die Gesellschaft noch nie getraut. Aber damit wir nicht ungerecht verfahren, sei erwähnt, daß wohl Gratifikationen ausgetheilt wurden, jedoch nur einige höhere Beamte und auf jedem Depot zwei, drei Leute aus dem Fahrpersonal wurden gnädigst damit bedacht. Wir schwärmen keineswegs für Gratifikationen und halten sie nicht für die richtige Entlohnung des Arbeiters; aber eine Gesellschaft, die aus ihrem Unternehmen so riesige Profite in den 25 Jahren mit beispielloser Ausnutzung der Arbeitskräfte gezogen hat, konnte gewiß ihren Angestellten eine Erleichterung in ihrem Dienstverhältnis gewähren. Noch immer ist eine Arbeitszeit von 12 bis 14 Stunden ohne Unterbrechung üblich, die Bezahlung ist geradezu jämmerlich voll zu nennen, so daß die Angestellten auf die Trinkgelder der Fahrgäste angewiesen sind. Gätten wir nicht in Berlin eine freisinnige Stadtverwaltung, die diesem Unfug geradezu Vorschub geleistet hat, dann wäre mit der Gesellschaft auf diesem Gebiete längst ein anderes Wort geredet. So gelang es unserem Parteigenossen nur schwer, wenigstens einige der kräftigsten Liebhaber bei der Verlängerung der Konzessionsverteilung zu befechtigen. Jedoch ist heute schon sicher, daß die geforderte Pensionsklasse für die Beamten ein ganz jämmerliches Aussehen erhalten wird, mußte doch der erste Entwurf, den die humane Gesellschaft ausarbeitete, zurückgewiesen werden, weil gar zu winzige Unterstützungssätze aufgestellt waren. Gegenwärtig geht durch die bürgerliche Presse die Mitteilung, daß Herr Vaurath früher eine Denkschrift über die Entwicklung der Straßenbahn-Gesellschaft bis zu ihrem 25jährigen Jubiläum verfaßt habe. Es wäre interessant, wenn die Gesellschaft einmal nachforschen ließe, was sie in diesen fünfundsiebzig Jahren für die Angestellten gethan hat und sie würde sehr bald zu dem Ergebnis kommen, daß nichts gefehlet ist, absolut garnichts. Sie zeichnete sich immer durch eine rigorose Behandlung des Publikums aus und ihren Angestellten gegenüber stand sie auf dem schroffen Standpunkt des gewinnjagenden Unternehmers.

Ueber einen Unfall, von dem das 4. Garderegiment betroffen wurde, wird folgendes berichtet: Zwei Bataillone des 4. Garderegiments waren gestern früh um 4 Uhr zu einer Feldübungsübung nach dem 16 Kilometer von Berlin belegenen Gelände des Dorfes Französisch-Buchholz ausgerückt und lehrten gegen Mittag nach hier zurück. Bei dem Rückmarsch wurden einige Soldaten schlapp und ermatteten unter der Einwirkung der Hitze derart, daß sie zurückblieben. Bei dem Marsch durch die Brinzen-Allee und Panstraße brachen mehrere Soldaten in verschiedenen Kompagnien zusammen und mußten von ihren Kameraden nach den Eingängen der nächstgelegenen Häuser gebracht werden. Im ganzen erkrankten 14 Mann, denen durch die Bewohner des Gesundheitsums in anerkannter Weise jede mögliche Erleichterung zu Theil wurde. Abgesehen von einigen Fällen, in denen die Soldaten über Schmerzen klagten und bei denen die Symptome einer leichten Erkrankung an Sonnenstich bemerkbar waren, lagen ausschließlich Erschöpfungsfälle vor. Da sich die Unfälle in den belebtesten Straßen des Nordens Berlins und gerade zur Mittagszeit abspielten, verursachten dieselben ungeheures Aufsehen.

Todtgefahren. Mit dem Zuge, der am Sonntag Morgen um 9 Uhr 25 Minuten vom hiesigen Stettiner Bahnhof nach Uberswalde ablassen wurde, reiste ein etwa 19 jähriges Mädchen. In Uberswalde hatte es einen falschen Zug bestiegen. Der begleitende Eisenbahnkassierer merkte dies erst, als sich der Zug schon in Bewegung setzte und bedeutete dem Mädchen, daß es auf der nächsten Haltestelle aussteigen und zurückfahren müsse. Wenige Minuten später sprang die Unbekannte, wie wir gestern kurz berichtet, plötzlich aus dem Zuge heraus, ehe jemand hindernd eingreifen konnte, kam unter die Räder und wurde buchstäblich enthauptet. Der Zug wurde zum Stehen gebracht, die Leiche aus einer Trage niedergelegt und dann nach Uberswalde gebracht. Es handelt sich um ein mittelgroßes Mädchen mit blondem Haar, das gut gekleidet war.

Einen trübten Abschluß fand ein Erntefest, das die „Amerikaner-Kolonisten“ vor dem Landsberger Thor veranstalteten. Zu den Teilnehmern gehörte auch der Pächter Kollinger, dessen 12jährige Tochter als Kranzjungfer auf dem Erntewagen Platz nehmen sollte. In demselben Augenblick, als die Kleine das Gefährt besteigen wollte, zogen die Pferde plötzlich an und das Mädchen stürzte so unglücklich zu Boden, daß die Räder des Wagens über seinen Körper hinweggingen. Schwerverletzt wurde es nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

Unfälle. Zwei Hirschschläge sind am Montag Nachmittag vorgekommen. Betroffen wurde der Gasmacher Kalowsky aus der Brügelstraße 41, der in der südlichen Gasanstalt in der Bismarckstraße angestellt ist. Er ist Kolonnenführer der Kohlenlaster und war auf dem Kohlenplatz um 2 1/2 Uhr nachmittags im Besitz, die Arbeit nach der Mittagspause wieder aufzunehmen. Er ließ die Karre stellen und hatte sich kaum hingesetzt, als er bewußtlos umfiel. Mit dem Mangelnden Rettungswagen wurde er in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus Am Urban gebracht. Eine halbe Stunde später befand sich der 65jährige Knicker Lürd aus Rixdorf mit einem leeren Arbeitswagen auf der Heimfahrt. Auf der Dranienbühlstraße fiel er auf dem Gefährt in sich zusammen. Ein Schuttmann holte ihn mit Hilfe von Zivilpersonen herunter, und ein hinzugerufener Arzt ließ den vorläufig auf einem Hausflur untergebrachten Mann nach dem Krankenhaus schaffen. — Durch eigene Unvorsichtigkeit verunglückte am Dienstag Vormittag der Schlichtergeresse Benzler, Große Frankfurterstr. 12 wohnhaft. Derselbe fuhr in totem Trabe die Landsbergerstraße entlang. Als daher ein sich vor ihm bewegnender Lastwagen plötzlich eine Wendung machte, vermochte er sein Gefährt nicht mehr zu hemmen und die Wagen fuhren in beständigem Anprall aufeinander. Der vordere Theil des Schlichterwagens wurde theilweise zertrümmert und B. im Bogen auf das Pflaster geschleudert, wo er bewußtlos liegen blieb. Man schaffte den Verunglückten zunächst nach dem nahegelegenen Geschäft seines Prinzipals und von dort in ein Krankenhaus.

Gestohlene Sachen. Einem unbekannt gebliebenen, etwa 8 bis 9 Jahre alten Mädchen sind am 2. d. M. ein paar gestohlene goldene Armbänder mit unedlen Steinen abgenommen worden. In einem der Öbrünge fehlt die Bommel. Der Eigentümer möge sich im königlichen Polizeipräsidium, Zimmer 07, Erdgesch., werktäglich zwischen 9 und 12 Uhr Vormittags melden.

Straßenverengung. Die Gerichtstraße von der Grenz bis zur Hochstraße einschließlich der Kreuzbäume wird behufs Umflasterung vom 22. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Montag Abend 8 Uhr war Rauchstr. 13 ein kleiner Zimmerbrand abzufluchen. Bald darauf erfolgte

Rastanien-Allee Nr. 71 ein gefährlicher Kellerbrand, der bei dem dort lagernden Benzin, Petroleum und anderen Oelen einen explosiven Charakter hatte und große Gefahr beim Abfluchen erzeigte. Letzteres geschah schließlich ohne Unfall, doch mußten bei der vorhandenen starken Verqualmung Feuerlösch-Angabe und Rauchhelme benutzt werden. — Dienstag Nachmittag waren Strahburgerstraße 17 durch Selbstentzündung in Brand gerathen.

Aus den Nachbarorten.

Treptow - Baumshulenberg. Am heutigen Tage findet nachmittags von 3-4 1/2 Uhr die Neuwahl zum Gemeinderath im Lokal von Regelin, früher Jenner, statt. Wir ersuchen die Parteigenossen, welche wahlberechtigt sind, also 24 Jahre alt und 1 Jahr am Ort eine Wohnung haben, für unsere Kandidaten Paul Krebs einzutreten, damit auch die Arbeiterchaft in der hiesigen Gemeinde ihr Wort mitzureden hat. Deshalb schene niemand die Zeit und Absicht wahrhaftig aus.

Der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei. Wismerdorf. Die Parteigenossen werden sich die heute Abend im Volksgarten stattfindende Versammlung des sozialdemokratischen Arbeiter-Bildungsvereins aufmerksam gemacht. Die Tagesordnung lautet: Diskussion über die preussischen Landtagswahlen. Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen.

Abschlägig beschieden hat die kgl. Eisenbahn-Verwaltung die Petition der Rixdorf Gemeindevertretung um Herabsetzung der Fahrpreise auf der Strecke Rixdorf - Nieder-Schöneweide, Johannisthal etc. Die Gemeindevertretung hat daraufhin beschlossen, diese Angelegenheit, weil aussichtslos, nicht weiter zu verfolgen.

Gerichts-Beilage.

Der Zusammenbruch eines alten Berliner Bankgeschäfts lag der Anlage zu Grunde, deren Verhandlung vorgestern die ganze Sitzung der ersten Ferien-Strammer des Landgerichts I bis zum späten Abend in Anspruch nahm. Bis zum Jahre 1888 bestand im Centrum der Stadt, an der König- und Poststrassen-Ecke, das Bank- und Wechselgeschäft von M. Blumenthal, vormals S. W. Brandes. Inhaber der Firma war damals der Kaufmann M. Blumenthal. Dieser starb im Jahre 1888, worauf seine Ehefrau, die Wittwe Emma Blumenthal, ihr Sohn Leonor Blumenthal und der bis dahin im Geschäft als Kommissar thätig gewesene Otto Hauff, Inhaber der Firma wurden. Der Vermögensbestand soll — nach den höchst mangelhaft geführten Büchern — 4100 M. betragen haben. Das Geschäft betraf damals eine solide Kundschaft, zumeist Landleute aus der Provinz Brandenburg, keine hiesige Rentner und Leute aus dem niederen Bürgerstande, welche ihre Ersparnisse dem Geschäft anvertraut hatten. Bald nach dem Tode des alten Blumenthal begannen seine Geschäftsnachfolger eine tolle Wirthschaft. Von Jahr zu Jahr wurde die Schuldenlast größer, die Inhaber der Firma hatten sich längst an den ihnen von der Kundschaft anvertrauten Deposits vergrißen und der Zusammenbruch schien unabweislich. Da bot sich ihnen im Jahre 1896 noch einmal ein kurzer Aufschwung. Damals erfolgte die Emission der 5proz. chinesischen Anleihe, für welche das Publikum ein großes Interesse zeigte. Die Firma Blumenthal u. Hauff richtete an alle ihre Kunden Kundenscheine, in denen sie auf das Vortheilhafte des Ankaufs von Chinesen hinwies und sich zur Vermittelung erbot. Von allen Seiten und namentlich aus der Provinz landten die Vertrauensvollen ihr haares Geld oder Werthpapiere ein, mit dem Auftrage dieselben Chinesen zu kaufen. Sie erhielten die gewünschten Papiere nicht. Im Anfange des September 1896 waren die Zustände unhaltbar geworden. Leonor Blumenthal ergriff die Flucht. Wenige Tage später vergriffte sich seine Mutter in ihrer Wohnung. Hauff erfuhr diese Nachricht, als er sich gerade an der Börse befand; ohne erst im Geschäft oder seiner Privatwohnung vorzusprechen, eilte er zum Bahnhof und entfloß ins Ausland. Die alsbald im Geschäft vorgenommene Hausjuchung förderte einen Barbestand von etwa 300 M. zu Tage, außerdem einige Fremden und einige Werthpapiere, so daß insgesamt ein Vermögensbestand von etwa 1400 M. vorhanden war, der sich dann nach Eingehung mehrerer Kautionsstände bis auf 14 000 M. erhöhte. Den Gläubigern wurden von ihrem Guthaben 5 pCt. zu Theil. Hinter den beiden Bankinhabern wurde ein Steckbrief wegen betrügerischen Bankrotts erlassen. Blumenthal war nicht zu ermitteln, dagegen wurde Hauff im April vorigen Jahres in Amsterdam entdeckt, verhaftet, von der holländischen Regierung ausgeliefert und nach Berlin gebracht. Er mußte wieder freigegeben werden, denn er war nur wegen betrügerischen Bankrotts ausgeliefert worden und die Voruntersuchung gab nicht genügend Anhaltspunkte dafür, daß er, in der Absicht, seine Gläubiger zu betrügen, Vermögensstücke bei Seite geschafft, oder verheimlicht hatte. Hauff ging nach Amsterdam zurück. Aber am 31. Dezember 1896 kam zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden ein neuer Vertrag dahin zu Stande, daß die Auslieferung auch erfolgen sollte, wenn das Vergehen der Unterschlagung in Frage komme; Hauff wurde wiederum verhaftet und nach Berlin gebracht. So stand er denn gestern vor seinen Richtern. Der Angeklagte schob die ganze Schuld auf seinen früheren Gesellschafter, den flüchtigen Blumenthal. Dieser habe allein mit dem Publikum verhandelt, er selbst habe von den Vereinbarungen, die Blumenthal mit den Kunden getroffen, keine Ahnung gehabt. Die Beweisaufnahme ergab dasselbe Bild wie in den früheren Prozessen gegen ungetreue Bankiers; es traten Leute aus den Mittelklassen und den unteren Ständen auf, welche ihre ganzen Ersparnisse geopfert hatten. Allerdings hatten die meisten sich auf Spekulationsgeschäfte eingelassen in der Hoffnung, ihr kleines Vermögen auf leichte Art um das Fehnfache zu vermehren. Auch stellte sich heraus, daß die weitaus größte Zahl der Zeugen nur mit dem flüchtigen Blumenthal allein verhandelt hatte. Aber Staatsanwalt Cornel Schäfer von den zur Anlage stehenden 87 Fällen doch zehn heraus, in denen der Angeklagte der Mitbetheiligung an der Unterschlagung für überführt erachtet werden müsse und beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren und fünfjährigen Ehrverlust.

Der Gerichtshof unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors von Dettin erkannte um 7 1/2 Uhr abends dahin, daß der Angeklagte nicht genügend überführt sei, an den von Blumenthal begangenen Unterschlagungen theil genommen zu haben und deshalb freizusprechen sei. Hauff wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Daß die Hängegerüste trotz Beobachtung aller Vorsichtsmaßregeln immerhin gefährlich bleiben, zeigte eine Verhandlung, welche gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Dachdeckermeister Felix Weichmann stattfand, der der fabrikmäßigen Körperverletzung beschuldigt war. Der Angeklagte hatte eine Fassade zu freilegen, wobei er ein Hängegerüst anbringen ließ. Am 22. Mai riß eines der Tau und einer der auf der Rüstung beschäftigten Leute stürzte aus beträchtlicher Höhe hinab. Er erlitt schwere Verletzungen. Der Angeklagte behauptete, daß er das Rüstzeug vor dem jedesmaligen Gebrauche sorgfältig prüfte. Das fragliche Tau, welches dem Gerichtshof vorlag, sei dem Anscheine nach völlig gesund und haltbar gewesen, es müsse aber doch eine schadhafte Stelle gehabt haben, welche auch bei aufmerksamster Prüfung nicht zu sehen gewesen sei. Der Innungs-Chefmeister Werner bestätigte dies. Die Dachdecker hätten auf der Rüstung auch mit Säure zu arbeiten und da komme es vor, daß einmal ein Tropfen das Tau benetze. Die scharfe Flüssigkeit bringe nach innen und mache dort die Fasern so weich, daß das Tau an Haltbarkeit verlieren müsse. Diese schadhafte Stelle sei von außen nicht zu erkennen. Der Gerichtshof erkannte unter diesen Umständen auf Freisprechung, folgte aber nicht dem Antrage des Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Morris, auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen.

Hart an Landfriedensbruch grenzte die Ausschreitung, welche gestern eine Motte von acht jungen Burtschen vor die dritte Ferienkammer des Landgerichts I führte. Am Abend des 7. Mal fanden im Gartenlokal des Restaurateurs Hinge in der Dänziger-

straße wie gewöhnlich Vorträge statt. Einige der Angeklagten, die zu den Besuchern gehörten, leisteten sich den Scherz, die Vorträge zu stören und betrogen sich so ungehörig, daß der Wirth sie hinausweisen mußte. Sie holten sich aus den benachbarten Lokalen noch andere Freunde herbei, und als sie eine ansehnliche Motte bildeten, schlug der Räubelführer, der 20jährige Malergeselle Arthur Elefsky, vor, daß sie indogefammt wieder in das Hing'sche Lokal eindringen wollten; verweigerte ihnen der Wirth Getränke, so wollten sie alles kurz und klein schlagen. Wie vorausgesehen war, wurden sie sofort wieder hinausgewiesen, und nun gab Elefsky das Signal zum Angriff. Es entwickelte sich eine wilde Schlägerei, wobei einige der Angreifer scharfe Instrumente benutzten. Der Hing'sche Hausdiener sowie ein Gast erlitten blutende Verletzungen. Die Motte unterlag, ein Theil ergriff die Flucht, einige wurden festgenommen. Im gestrigen Termine gelang es nur, fünf der Angeklagten zu überführen. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß diese Anhänger des Roiddichums einen empfindlichen Dornzettel erhalten müßten. Elefsky wurde zu einem Jahre, der Arbeiter Gustav Schulz zu neun Monaten, der Arbeiter Karus zu fünf Monaten und die Arbeiterburtschen Billy Laube und Max Haberlandi zu je drei Wochen Gefängnis verurtheilt.

Versammlungen.

In der Filiale Norden des Verbandes der Möbelpolsterer wurde nach einem Vortrage des Dr. Sturm über Augenkrankheiten eine Angelegenheit der Möbelfabrik von E. Müller besprochen. Die dabei theilnehmenden Kollegen sollen zu einer Sitzung geladen werden, damit die Sache geregelt werden kann. Dann wurde auf das am 21. August bei Neumann stattfindende Bergnügen aufmerksam gemacht und mitgetheilt, daß die Differenzen bei Peters, Prinzenstr. 96, zur Zufriedenheit der Kollegen erledigt sind. Dagegen in Liverpool die Möbelpolsterer sich in Differenzen befinden sollen.

Die Maurer von Reinickendorf besprachen in einer öffentlichen Versammlung am 14. d. M., wie sie sich in Zukunft bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen könnten. Der Referent W. Schulz - Berlin behandelte dieses Thema in eingehender Weise und zeigte in treffenden Zügen, daß die Arbeiter, wo sie es verstanden haben, sich zu organisiren, nicht mehr um diese Frage zu streiten brauchen. Er empfahl deshalb, alle Kollegen der Organisation zuzuführen, denn nur dann wäre die Sicherheit gegeben, den Unternehmern in der Zukunft etwas abzurufen und das Gefährliche festzulegen. Der Referent forderte die Anwesenden auf, sich dem Verbande der Maurer Deutschlands anzuschließen und sich eine eigene Jahrestelle zu gründen. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten aus, worauf eine Jahrestelle gegründet wurde. Nachstehende Resolution wurde angenommen: Die öffentliche Maurerverammlung von Reinickendorf beschließt, nicht eher zu ruhen, bis der letzte Maurer Mitglied des Verbandes ist, um so aufzuhören, ein willkürliches Werkzeug der Unternehmer zu sein.

Schöneberg. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hielt am 8. August im Klubhause eine Versammlung ab, in welcher Genosse Ledebaur über das Thema Was will die Sozialdemokratie und was ist die Aufgabe ihrer Organisation referirte. Nachdem er kurz die Resultate der diesjährigen Reichstagswahl streifte, unterrichtete Redner die Ursachen, denen es zuzuschreiben ist, daß wir die beiden Berliner Wahlkreise verloren haben. Ein großer Theil der Schuld fällt seiner Meinung nach der Laubert der Genossen zu, die jetzt vielfach in den großen Städten eingetreten ist, während in kleineren Städten eine viel größere Begeisterung herrschte. Hieran schloß der Referent die bei ihm üblichen Vorwürfe gegen den „Vorwärts“. Wenn es so weiter gehe, würden wir bald in eine allgemeine Verfassung hineingerathen. Daß wir bei vielen Stichwahlen unterlegen sind, liegt an der Haltung der bürgerlichen Parteien, die sich sehr zu unseren Ungunsten verändert habe. Um dem allen in Zukunft vorzubeugen, muß vor allem die Aufgabe unserer Organisation eine andere werden. Man soll sich nicht immer darauf beschränken, Redner zu hören, sondern solle hauptsächlich die Diskussion pflegen, besonders alle Tagesfragen erörtern und solche Themata für Versammlungen wählen, an die sich leicht eine Diskussion anschließen kann. Vorträge über Naturwissenschaft u. s. w. wären ja sehr gut, aber in einen politischen Verein gehören sie nicht. Auch sei eine Aussprache über Parteiangelegenheiten und Streitigkeiten nicht schädlich. Verhandlungen hierüber wurden leider bisher stets verkehrt gehandhabt. Die Genossen werden thätigst genäht mit der Wille der reformparteilichen Bestrebungen. Thema und Referent für Versammlungen müssen die Mitglieder selbst bestimmen, und möglichst dazu Vereinsmitglieder heranziehen, dann werden auch die Versammlungen besser besucht sein und die Genossen nicht an große Redner verweisen. — An der sich hieran anschließenden Diskussion theilnahmen sich verschiedene Genossen, die im großen und ganzen die Ansicht des Referenten theilten, nur betriebslos „Vorwärts“ meinten einige, daß der Referent aber Ziel hinausgeschossen habe, während Genosse K. S. e. meinte, daß der „Vorwärts“ mehr bringen könne; er müsse selbst auch dafür sorgen, daß seine Leistung größer werde. Da in der Diskussion auch die persönliche Angelegenheit Ledebaur's gegen den „Vorwärts“ angeschnitten wurde, so legte er auch diese von seinem Standpunkte aus klar. — Hierauf wurden einige Vereinsangelegenheiten erledigt. Der Leberzug vom letzten Stiftungsfest, 97,85 M., wurde dem Vertreter des Kreises zur Liquidation überwiesen. — Die nächste Versammlung findet am 22. August bei Obst statt, mit dem Thema: Wie ist der Hamburger Parteibeisatz betr. Landtagswahlen auszuführen?

Feie und Diätarviklub. Mittwoch. „Wohlfahrt“, abends 8 1/2 Uhr, Stramm, Ritterstr. 123. — „Reine“, Rixdorf, abends 8 1/2 Uhr, Prinz Dänischerstr. 60. — „Einigkeit“, abends 8 1/2 Uhr, Zeig, Ritterstr. 1. — „Vorgestern“, abends 9 Uhr, Diele, Köthlitzstr. 67. — „Sozialdemokr. Agitationsklub Dier“, abends 8 1/2 Uhr, Jauer, Brudstr. 52. — „Freigeb. Arbeiter“, abends 8 Uhr, Welner, Arnoldspl. 3. — „Friedrich Engels Norden“, 9 Uhr abends, Reichen, Poststr. 34.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Vorigen Abend Neumann, Brunnenstr. 150. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Montanstr. 10, v. 2 Tr. Mittwoch. Leberzug abends 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — „Friede und Freiheit“, Rebetin, Kangerstr. 108. — „Norddeutsche Schiffe“, Gable, Reichstr. 15. — „Freya I“ (Gemeinschaft Chor), Schiller, Kolonnenstr. 57. — „Vorderfront“, Späth, Weinstr. 29. — „Vereinsth. I“ (1863), Ros, Kollwitzstr. 21. — „Spanbau“, in Spandau, Radtke, Reumarktstr. 8. — „Deutsche Eiche I“, Zimmermann, Grüner Weg 29. — „Ego I“, Pantow, Glensd, Wollanstr. 122. — „Treu“, Mariannen-Allee 2 im Parkhof. — „Allegro“, Grube, Wrangeistr. 141. — „Freiheit I“, Richter, Blümlerstr. Nr. 48. — „Freier Mannlicher Nord-West“, Hantsch, Stephanstr. 11. — „Kupferhämmer“, Heind, Weinstr. 11. — „Wohlfahrt I“, Dittz, Brunnenstr. 160. — „Schneegebirge I“, Rixdorf, Köpke, Hermann- und Karlsgartenstrassen-Ecke. — „Hoffnung III“, Brandenburg a. d. Havel, Wilhelmstr. 26. — „Arbeiter-Befreiungsbund“, in Prag, Dorn, Bürgerstr. 4. — „Seegerischer Männerchor“, Götze, Landsberger Allee 166. — „Maingebirg II“, Charlottenburg, Bartsch, Strasse 6a, Nr. 1. — „Eimaitzlinge“, Ropenitz, Meyer, Kolonnenstr. 101. — „Wacht auf I“, Laubert, Dänzigerstr. 71. — „Vorwärts X“, Rauen, Gohlsch, Wrangeistr. 16. — „Schneegebirge II“, Potsdam, Glaser, Brandenburg, Kommunit. 18. — „Treu und Gerechtigkeit“, Koppensstr. 17. — „Bruderbund“, Hildinger, Wiedomstr. 22. — „Sängerklub“, Weider a. d. Havel, in Potsdam. — „Oh und Beschreuen“, Engländer Garten, Alexanderstr. 70. — „Olen“, Mettalarbeiter, Daple, Grüner Weg 13. — „Vollst“, Ploen, Königbergerstr. 34. — „Serauit“, Charlottenburg, Precht, Kappelerstr. — „Hagel nicht“, Stregly, Schwanzer Adler, Albrechtstr. 125. — „Froh-Hoffnung“, Pöter, Pallasstr. 16. — „Friede und Freiheit II“, Potsdam, Glaser, Brandenburg, Kommunit. 16. — „Weintraut“, Schiller, Kolonnenstr. 57. — „Enten“, Schmidt, Weinmüller- und Kauterstrassen-Ecke. — „Friede und Freiheit“, Scholz, Baumstr. 6. — „Wohlfahrt“, Rixdorf, Thomas, Bergstr. 162. — „Treu und Gerechtigkeit II“, Schöneberg, Kraschun, Gensowegstr. 116. — „Zukunft II“, Nieder-Schönhausen, Seitzler, Udenstr. 1. — „Vorwärts I“, Ros, Kollwitzstr. 21. — „Eule“, Scheber, Schönhauser Allee 48. — „Hoffnung I“, Wehnen, Pöter, Wrangeistr. 78. — „Treu und Einigkeit“, Rixdorf, Duxler, Bergstr. 24.

Debuterstr. 14. — Kritiken. 'Berliner Post', 'Pöhl', 'Wan-User' 22a, 'Mittwoch' abends und Sonntag vormittags. — 'Kleiner', 'Kladder', 'Dase', 'Brennenstr. 152. — 'Weser', 'Berliner', 'Türkische', 'Hansen', 'Danziger', 'Krause' 93. — 'Lambour', 'Friedrich', 'Wolff', 'Wienstr. 27, 'Mittwoch' und 'Sonntags'. — 'Schacht', 'Koridon', 'Randel', 'Seestr. 25. — 'Musikverein', 'Knaack', 'Steffens', 'Koblerstr. 2. — 'Pöhl', 'Wan-User', 'Nord-Ost', 'Wogel', 'Eldingerstr. 9. — 'Knaack', 'Schmalz', 'Werte', 'Hegener', 'Krause' 39. — 'Gefang', 'Sanges', 'Sprecher', 'an der', 'Jannow', 'Bredde', '— 'Gefang', 'Verder', 'G. Gerber', 'Schäfer', 'Allee. — 'Vereinigung', 'der', 'Turner', 'Demminstr. 63a, 8 1/2, 10 Uhr abds. — 'Lambour', 'Friedrich', 'Wolff', 'Wienstr. 27, 'Mittwoch' und 'Sonntags'. — 'Ruffa', 'Borowits', 'Rebelin', 'Lange' 108. — 'Hilbert', 'Alpenländer', 'Edelweiss', 'Gipsstr. 11. — 'Theater', 'Proletariat', 'Wittich', 'Stalgerstr. 30. — 'Stall', 'Vague', 'Lube', 'Jost', 'Koblerstr. 39. — 'Kritiken', 'Freiheit', 'Schulz', 'Dunderstr. 60, 'Mittwoch' und 'Sonntags'. — 'Stall', 'Naturheilk', 'Wittich', 'Koblerstr. 31, 'Mittwoch' und 'Sonntags'. — 'Stall', 'Ramenlos', 'Gumlich', 'Reichenbergerstr. 149. — 'Theater', 'Freier', 'Wille', 'Rückert', 'Dol', 'Admiralstr. 180. — 'Angler', 'Verein', 'Freundschaft', 'jeden', 'Mittwoch', 'nach', 'den', '1. und', '15. im', 'Monat. Vereinslokal', 'Bühnen', 'straße', '27. — 'Stall', 'Older', 'erster', 'Seeemann', 'Diele', 'Koblerstr. 123. — 'Theater', 'Verein', 'Violetta', '1886', 'Linder', 'Danzigerstr. 23.

Veralt. Reichenbergerstr. 100. — 'Weiße', 'Kette', 'Feld', 'Danzigerstr. 26. — 'Zufriedenheit', 'Kirdorf', 'Wieden', 'Mühlstr. 5. — 'Kleiner', 'Kladder', 'Dase', 'Brennenstr. 152. — 'Weser', 'Berliner', 'Türkische', 'Hansen', 'Danziger', 'Krause' 93. — 'Lambour', 'Friedrich', 'Wolff', 'Wienstr. 27, 'Mittwoch' und 'Sonntags'. — 'Schacht', 'Koridon', 'Randel', 'Seestr. 25. — 'Musikverein', 'Knaack', 'Steffens', 'Koblerstr. 2. — 'Pöhl', 'Wan-User', 'Nord-Ost', 'Wogel', 'Eldingerstr. 9. — 'Knaack', 'Schmalz', 'Werte', 'Hegener', 'Krause' 39. — 'Gefang', 'Sanges', 'Sprecher', 'an der', 'Jannow', 'Bredde', '— 'Gefang', 'Verder', 'G. Gerber', 'Schäfer', 'Allee. — 'Vereinigung', 'der', 'Turner', 'Demminstr. 63a, 8 1/2, 10 Uhr abds. — 'Lambour', 'Friedrich', 'Wolff', 'Wienstr. 27, 'Mittwoch' und 'Sonntags'. — 'Ruffa', 'Borowits', 'Rebelin', 'Lange' 108. — 'Hilbert', 'Alpenländer', 'Edelweiss', 'Gipsstr. 11. — 'Theater', 'Proletariat', 'Wittich', 'Stalgerstr. 30. — 'Stall', 'Vague', 'Lube', 'Jost', 'Koblerstr. 39. — 'Kritiken', 'Freiheit', 'Schulz', 'Dunderstr. 60, 'Mittwoch' und 'Sonntags'. — 'Stall', 'Naturheilk', 'Wittich', 'Koblerstr. 31, 'Mittwoch' und 'Sonntags'. — 'Stall', 'Ramenlos', 'Gumlich', 'Reichenbergerstr. 149. — 'Theater', 'Freier', 'Wille', 'Rückert', 'Dol', 'Admiralstr. 180. — 'Angler', 'Verein', 'Freundschaft', 'jeden', 'Mittwoch', 'nach', 'den', '1. und', '15. im', 'Monat. Vereinslokal', 'Bühnen', 'straße', '27. — 'Stall', 'Older', 'erster', 'Seeemann', 'Diele', 'Koblerstr. 123. — 'Theater', 'Verein', 'Violetta', '1886', 'Linder', 'Danzigerstr. 23.

hat zu erkläre. Wer innerhalb eines Steuerjahres einen steuerpflichtigen Hund anschafft, sowie derjenige, dessen Hund im Laufe des Steuerjahres das Alter von drei Monaten erreicht, hat die Steuer für sechs Monate das ganze laufende Steuerjahr zu zahlen. Jeder, welcher einen jungen blinder nicht verheirateten Hund anschafft, ist verpflichtet, denselben innerhalb acht Tagen anzumelden. Das Steuerjahr läuft von April zu Oktober.

Schöneberg.
Donnerstag, den 18. August, abends 8 Uhr, im Klubhause, Hauptstr. 5-6:
Volks-Versammlung für Männer und Frauen.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Lütke. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Kreisreform und Wahl der Delegierten zu derselben. 4. Unsere Saalinhader in Schöneberg.
Der Vertrauensmann.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Cietow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Donnerstag, den 18. August, abends pünktlich 9 Uhr:
Versammlung
in Charlottenburg, Vidmarshöhe (gr. Saal), Wilmersdorferstraße 30.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Die bürgerlichen Parteien einst und jetzt. Referent Genosse Th. Meiner. 2. Diskussion. 3. Vereinstätigkeiten. 4. Verschiedenes und Beschlüsse.
Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Gäste haben Zutritt.
Die Mitglieder werden dringend ersucht zu erscheinen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand.

Verein sozialdemokratischer Gast- u. Schankwirthe Berlins u. Umg.
Freitag, den 19. August, nachmittags 5 Uhr:
Außerordentl. General-Versammlung
beim Kollegen Lindenbahn in Grünau.
Tagesordnung: 1. Antrag des Vorstandes betreffend die Kündigung des Bierabkommens bei Todesfällen, wo bei der Beeridigung ein Weislicher theilnimmt. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.
Der Vorstand. J. A. Ferdinand Ewald.

Achtung! Zimmerer. Achtung!
Donnerstag, den 18. August, abends 8 Uhr, in Cohn's Gefällen, Seestr. 20-21:
General-Versammlung der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Vollkommission. 257/17
2. Abrechnung vom Agitations- und Unterstufungsfonds.
3. Wie ist es möglich, in diesem Jahre den Stundenlohn von 60 Pf. dort einzuführen, wo derselbe noch nicht gezahlt wird?
4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht der Kameraden, in dieser Versammlung zu erscheinen, besonders aber müssen diejenigen, welche unter 60 Pf. Stundenlohn arbeiten, vollständig anwesend sein.
Die Lohnkommission.

Achtung! Textilarbeiter! Färberei-Arbeiter und -Arbeiterinnen Berlins!
Sonntag, den 21. August, nachmittags 2 Uhr, bei Herrn Wilke, Andreestr. 26:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Die Ausbeutung der Arbeiter in den Färbereien. Referent Genosse Franz Kottke. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Ein zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann.

3 Lichtbilder-Vorträge.
Heute Mittwoch, Engl. Garten, Alexanderstr. 270:
Langen- und Herzeiden.
Donnerstag, den 18. August, abends 8 Uhr, bei Wille:
Allgemeiner Frauenvortrag.
Freitag, den 19. August, abends 8 Uhr, bei Wille:
Nervenanhalten.
Pünktlich abends 8 1/2 Uhr. Gäste willk. Eintritt 20 Pf.
D. S. des Naturheilvereins. Alexanderstr. 8. Sprechzeit 11-1, 6-8. [67708]

Für Fabrike, Werkstätten, Kantinen etc.
Lieferer ist: 57542
40/2 Bl. Export-Weißbier f. B. 3, — ohne Wasserzufuhr.
50 Bl. Licht-Grüner Exportbier für B. 5, — (aus diesen bestes Lagerbier für B. 3, —, von welcher Brauerei gewünscht wird).
Abrechnung kann wöchentlich erfolgen.
Gut umsonst.
A. Seidler,
Berliner Export-Weißbier-Brauerei.
Schöneberg-Berlin, W., Sedanstrasse No. 82.

Verein für Körper- und Naturheilkunde. Heute, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Englischer Garten, Alexanderstr. 270: Vortrag des prakt. Naturheilkundigen Grundmann über: 'Lungen- und Herzleiden', demonstriert an farbigen Modellen.
Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute, abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft im Garten von G. Feuerstein's Hof (Danz. W. Bergstr.) Alle Jahrsfr. 76.

Briefkasten der Redaktion.
Die juristische Zeitschrift findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.
5. Wahlkreis. Leider nicht verwendbar.
H. Knorr, Weidenburg. Das erste Elektrizitätswerk zur Beleuchtung wurde in Hens-Vort von Edison 1882 gebaut.
J. M. P. 100. Reim.
H. S. Wenn Sie eine Bekleidung unterrichten haben, die ein Abkommen für das ganze Jahr auspricht, läßt sich leider nicht mehr machen als zahlen. — 1000. Es liegt in Ihrem Fall kein Vertriebsfall vor. — P. 9. 1. Ja. Der oder die Betreffende mag sich an das Vormundschaftsgericht beschwerdefähig wenden. 2. Unverständlich. 3. Das läßt sich nicht allgemein beurteilen. 4. Das hängt von dem Gesamterhalt des Falles ab. 5. Ja.
H. S. Die Hundsteuer ist für jeden Hund, welcher im Gemeindebezirke von Berlin gehalten wird und ein Alter von drei Monaten erreicht

hat zu erkläre. Wer innerhalb eines Steuerjahres einen steuerpflichtigen Hund anschafft, sowie derjenige, dessen Hund im Laufe des Steuerjahres das Alter von drei Monaten erreicht, hat die Steuer für sechs Monate das ganze laufende Steuerjahr zu zahlen. Jeder, welcher einen jungen blinder nicht verheirateten Hund anschafft, ist verpflichtet, denselben innerhalb acht Tagen anzumelden. Das Steuerjahr läuft von April zu Oktober.
M. W. 100. Ist kein Testament gemacht, so kann die Ehefrau nur die Hälfte des am Todestage vorhandenen gemeinsamen Vermögens in der Stadt Brandenburg erben. Zu diesem Vermögen gehört das Sparbuchsvermögen. — G. P. 61. 1-3. Ja. 4. Unterschrift der Frau. Der Antrag muß aber spätestens innerhalb 3 Monate vom Todestage ab gerechnet eingereicht sein. — G. P. 37. 1. Nein. 2. Das, in dem Sie und das, in dem Ihre Braut wohnt. — G. P. Reichenbergerstraße. Ja.
Koopmann. 1. Reim. 1893 in Heft 2. Sobald der Rotzkalender für Arbeiter pro 1899 vom Verlag des 'Vorkämpfers' herausgegeben wird, 3. Bekannt.

Witterungsübersicht vom 16. August 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. P. °C	Stationen	Barometer hand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. P. °C
Swinemünde	765	SW	3	Wolklos	22	Saparanda	762	W	3	Regen	15
Hamburg	763	SW	3	Wolklos	22	Petersburg	765	SW	3	Wolklos	16
Berlin	764	SW	3	Wolklos	22	Warschau	765	SW	3	Wolklos	13
Wiesbaden	762	SW	3	Wolklos	22	Paris	761	SW	3	Wolklos	21
München	765	SW	3	Wolklos	20						
Wien	765	SW	3	Wolklos	20						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 17. August 1898.
Sehr warm, heiter und trocken bei schwachen südlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Achtung! Maurer. Achtung!
Heute Mittwoch, den 17. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Buske, Grenadier-Strasse 33:
Baudeputirten-Versammlung.
Tagesordnung: Die Solidarität unter uns und den Bauarbeitern und wie soll dieselbe in Zukunft aufgebaut werden? — In dieser Versammlung muß jeder Bau von einem Delegierten unserer Richtung vertreten sein.
Die Lohnkommission. J. A. Heinrich Metzke.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Seestr. 20/22:
Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.
Tagesordnung: 1. Die Arbeitsvermittlung in den Gewerkschaften. 2. Die Arbeits-Einstellungsgesetze. 3. Wirtschaftsdifferenzen. 4. Verbandsangelegenheiten.
Jeder Bezirk muß durch einen Vertrauensmann vertreten sein.
Sprechers: Amt IV. 447.

Einsegnungs-Anzüge
in glatten Sammgarn, Satin, Diagonal und Tuch 12-27 M.
Kostlos, 1. und freitags.
M. Schulmeister, Schneider-Tredenerstr. 4 am Kottb. Th. Meist, Hauptstr. 143, Schöneberg.
Bitte genau auf die Firma zu achten.
Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gef. schw. perl. und finn. Fleisches.
Schwinesfleisch pro Pfd. von 30 Pf an, 40 Pf. [49781]
Verwaltung der Kochanstalt Stadt, Schlachthof

Prüfet Alles und behaltet das Beste!
Das echte
Dr. Thompson's Seifenpulver
bleibt doch immer das weiß bevorzugte Wasch- und Bleichmittel.
Zur Herstellung des echten Dr. Thompson's Seifenpulvers wird nur oberstes, garantiert unadulteriertes Material verwendet. — Große Ersparnis an Mühe, Zeit und Geld. 23/5
Nur echt mit Schwan.
Zu haben in den meisten Seifen-, Droguen- und Kolonialwaaren-Handlungen.

450 Mark Belohnung
dem ersten Finder der folgenden Gegenstände, welche am Sonntag verloren gegangen sind: 4543
2 Stk. 1000 Mark Scheine Nr. 1688-580 und Nr. 1909-334.
21 Stk. 100 Mark Scheine Nr. 0258909A, 0454269B, 0577110D, 1148341B, 11228790C, 1119876D, 1830347C, 0561284C, 0737811A, 1137726A, 0235642C, 0385929A, 0385930A, 0388 938A.
1 Stk. 50 Mark Schein und 70 Mark in Gold.
1 Heirathsurkunde, 1 Lebensversicherungspolice, 1 Feuerversicherungspolice, 1 Generalvollmacht, 1 gerichtliche Bevollmächtigung und 1 Depositschein.
Da Name und Wohnung des Eigentümers aus den Papieren ersichtlich sind, wird der erste Finder bringen gebeten, die gefundenen Gegenstände dem Eigentümer direkt wieder zurückstellen oder dieselben auf dem Bureau, Alexanderplatz, gegen obige Belohnung niederzuliegen.

Cognac
feinst. franz. Verschnitt, ohne Konkurrenz, 3/4 Ltr. Korbfasche postfrei M. 6,50, 7,50, 10,00 gegen Nachnahme. Versuch führt zur Nachbestellung. 27/13
Emil Schroeter, Landsberg (Warthe.)

Die Selbsthilfe
einige in neuer Art erprobte Mittel zur Bekämpfung und Heilung von Krankheiten des Unterleibes, insbesondere in weiblichen Fällen. Mit zahlreichen anatomischen Abbildungen. Möglich für Jedermann. Preis 2 Mk. in Briefmarken. Zu beziehen von **Herman Schmidt, Buchh. Berlin W., Winterfeldstr. 34.**
Betten, gut. Stand, umhandelt, 10 Mark, Ritterstr. 118 vorn II. 2

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Arbeiter-Herkules tragen.
Herkules-Baumwolle für Berlin. Dieselbe ist in schönen praktischen dunkelgrünen und braunen Streifen edelartig gedruckt. Eine außerordentlich starke Waare, sehr feste Knappweite, haltbare Nähmaterialien, breite, tiefe Veters-Breit-Taschen, ein hohes bequemes Gefäß, richtig weit gearbeitete Edelstühle, welche die größte Beseitigung der Hitze und vornehmlich einem Sitze geföhrt, ein Reizen der angenehmen Bunde, welche ist bisher ungeschaffen. Die Knöpfe sind sehr angenehm, nicht angesetzt, so daß dieselben nicht so leicht abfallen können. Trotz all dieser ganz rechtlichen Vorteile kostet die Waare nur den billigen Preis von
Bei Entnahme von 4 ME. 50
6 Stk. 26 Mk.
Verandt nach auswärts von 20 Mk. an franco. — Bei Bestellungen genügt die Angabe der Knappweite und der inneren Schnittlänge.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Vom Matherhorn z. Jungfrau.
Invaldenstr. 57/58:
Sterzwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.
Castan's Panopticum.
Major Graf Neu!! Walsin-Esterhazy. Neu!! Lebende Bilder dargestellt von 6 jungen schönen Damen.
Heute 25 Pf. Entree. Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

Baer Sohn
Chausseestr. 24a. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 16.
Son der Waare jährt.
Dr. Bradt, Wienerstraße 20.
4508
Vereinstimmer frei, gummiert, mit Piano. Einconstr. 23, Fluck.
Herrn-Anzüge
Reine Wolle: 26, 27, 28, 30, 32, nach Maß: 33, 35, 37, 39, 41, Halb- wolle: 18, 19, 20, 21, 22, Eigenes Fabrikat. Bei theureren Angaben Teilzahlung, monatl. 10 Mk., gestattet.
Tomprowski, Schneiderstr., Straauerstr. 56, Laden.

Passage-Panopticum.
Théâtre-Variété.
Ohne Extra-Entrée. Fahrt auf dem Golf von Neapel. Fahrt durch Konstantinopel.
Neu! Alpenglühern.
Heute 25 Pf. Entree. Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

Concerthaus Sanssouci
Kottbusstr. 42. Inh. H. Piory. Artist. Leitung: Leonh. Hackel.
Heute Mittwoch:
Letzte Aufführung der reizenden baktigen Operette
Verkehrte Welt
von Millbeker.
Morgen Donnerstag: Benefiz für Leonh. Hackel: Zum 1. Male: **Heinrich Heine.** Lustsp. in 3 Akten. Ausserdem: Grossart. Extraprogramm. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Passapartouts gelt.

Birthshaus zum Glühlichter!
Grundenburgerstr. 54.
empfehl. reichhaltige Frühstück, Mittag- u. Abendbrot, f. Weine und Bier, Gesellschaftszimmer, Billard, Piano, zahlr. Heizung.
67112* **Max Pönitz.**

Feilenhauer
verlangt J. Thielcke, Vangerstr. 63. *
Orant's Schriftstauer verlangt Seemann, Bauernstr. 81. 4516
Expedit
für mittelständiges Provinzial-Parierblatt, welches theilweise auch zur Reklamationsarbeit herangezogen wird, für sofort gesucht. Gebot noch Uebereinstimm. Offerten an O. Tarko, Sankfeld 1 Th., Oberlangengasse, [67800*]

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Porzellan

mit Streublumen.

Kaffeekannen 65, 90 Pf. 1.15, 1.30 Mk.
Milchtöpfe 15, 18, 22, 30 Pf.
Zuckerboxen 55, 68, 85 Pf.
Tassen 25 und 30 Pf.
Butterdosen 45 und 65 Pf.

Wirtschafts-Artikel

Lg. ca. 29 33 37 44 52 cm
Küchenbretter 15, 25, 30, 45, 70 Pf.
Küchenrahmen mit Kästen 3.25, 4.25 Mk.
" mit Aufsatz 4.25, 5.30, 7 Mk.
Holz- und Kohlenkasten 1.60, 2.15, 2.80 Mk.
Ausklöpfer 22 und 38 Pf.
Abstäuber 35 Pf.

Tafel- und Kaffeegeschirre

mit Rosenmuster, Marke „Granit“.

Teller, flach und tief 15 Pf.
Dessertteller 12 Pf.
Kompottteller 10 Pf.
Terrinen 1.40, 1.75, 2.25 Mk.
Kartoffelschüsseln mit Deckel 1.50 Mk.
Bratenschüsseln, rund 45 Pf.
oval 40, 85 Pf., 1.20, 1.30 Mk.
Saucières 75 Pf., 1.25 Mk.
Näpfe, viereckig 30, 42, 50, 55 Pf.
Gefäße für Salz 35, für Senf 65 Pf.

Kaffeekannen 65, 75, 90 Pf.
Milchtöpfe 35 und 45 Pf.
Zuckerboxen 60 und 85 Pf.
Tassen 15 und 18 Pf.
Milchtöpfe für ca. $\frac{1}{8}$ $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{3}{4}$ 1 $1\frac{1}{2}$ 2 Ltr.
ohne Schrift - 35 42 50 55 65 70 Pf.
m. Schrift 20 28 40 48 60 80 1.05 Mk.
Näpfe, rund 12, 20, 30, 40, 48, 55 Pf.

Tafelservices 30 Teile f. 6 Pers. 8.40, 40 Teile f. 6 Pers. 12.25, 78 Teile f. 12 Pers. 22.50 Mk.

Vogelkäfige aus Draht, 4 verschiedene Formen **1.60 Mk.**

Glas

Biertulpen, geschliffen 22 Pf.
Seidel mit Deckel, geschliffen 1.25 Mk.
Likörbecher mit Goldrand, 7 Pf. starker Boden
Römer, grün mit Dekor. 45 Pf.
Käseglocken, geschliffen 50 Pf.

Wirtschafts-Artikel

Messing-Einmachekessel 2.20, 3, 4.75, 5.50, 6.25 Mk.
Fleischmühlen 3.65 u. 5.35 Mk.
Reibemaschinen 1.25 Mk.
Schneeslag-Maschinen 28 Pf.
Brotbüchsen zum Umhängen 25 Pf.

Emaillé

Schüsseln, weiss Durchm. ca. 24 26 28 30 32 34 36 cm
30 35 38 42 45 48 55 Pf.
Schüsseln, weiss, tief Durchm. ca. 10 12 14 16 18 20 cm
13 17 20 22 25 35 Pf.
Schüsseln mit Napf, weiss, Durchm. ca. 32 cm 48 Pf.
Kehrschaufeln, marmoriert Durchm. ca. 24 26 28 cm
35 40 48 Pf.

Kasserollen, mit Ring, hellblau od. marmor. Durchm. ca. 18 cm 20 cm
60 Pf., 75 Pf.
Schmortöpfe, mit Ring, hellblau 65 Pf., 75 Pf.
Speiseteller, weiss, flach und tief Durchm. ca. 16 18 20 22 cm
14 15 17 20 Pf.
Wannen, oval, marmoriert Durchm. ca. 55 60 65 cm
2.25 2.45 3.25 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 17. August.
Neues Opern-Theater (Kroli). Bohngrün. Anfang 7 Uhr.
Deutsches Schauspiel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Vossing. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Gebildete Menschen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Im Pavillon. Vorher: Im Regillo. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Don Juan. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Bekehrte. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Zwei Tage Millionär. Anfang 8 Uhr.
Offend. Sean, oder: Genie und Leidenschaft. Anfang 8 Uhr.
Welle. Alliance. Herr und Frau Doctor. Anfang 8 Uhr.
Alexanderviertel. Der Todtschläger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Lindenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich abends von 10 Uhr vorwärts ab. Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Zuvaldenstraße 57/58. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Nyko. Don Juan in der Hölle. Anfang 8 Uhr.
Vossing. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Direktion: Rich. Anger.
Der anhaltenden Hitze wegen findet die Eröffnung erst
Donnerstag, den 25. August, statt.

Offend-Carl-Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Kean.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Der Hüttendiebstahl.
Freitag: Deborah. - Sonnabend: Kean.
Vorzugsbillets haben nur Wochenlanges Gültigkeit.
Ostend-Theater-Konzert-Garten.
Max Grabow, Tanz-Komiker. Deta Waldau, Bravour-Soubrette. The two Terras, Geschwister Petram, Theater Fantoche etc. Theater-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Central-Theater

Direktion: J. Forocery.
Die Geisha
oder: Eine japanische Ehechaus-Geschichte.
Operette in 3 Akten v. Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von G. R. Röhr und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Forocery. Dirig. Hr. Kapellmeister G. Goldmann. Kassen-Eröffnung 6 1/2, Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Die Geisha.

Friedrich-Wilhelms-Theater.

Chausseestr. 25/26.
Täglich
Schauspiel der Sipputaner.

Sonntag, den 21. August, zum letzten Male nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr:
Zwei Tage Millionär.

Montag, den 22. August, bleibt das Theater wegen Vorbereitung zu dem neuen großartigen Ausstattungsstück geschlossen. - Dienstag, den 23. und Mittwoch, den 24. August, nur zwei-malige Aufführung des Ausstattungsstückes „Hilf und Hoff“.
Donnerstag: „Die zwei Weisen“, Schauspiel in 4 Akten von G. Scherrenberg.

Apollo-Theater.

Täglich um 9 Uhr:
Don Juan in der Hölle.
Gerő Gynlay . . . Edi Blum.
Sarolta . . . Fanesi Tornay.
Erődy Arpad . . . Sigm. Lieban.
Oberphosphor . . . Henry Bender.
Sataninchen . . . Ada Milani.
Koloman . . . Robert Steidl.
Fiorilla Fleury . . . Lina Coitz.
Piccolino . . . Marg. Lieban.

Ferner Auftreten von:
Spezialitäten
allerersten Ranges.

Kassenöffn. 6 1/2, Konzert 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Täglich:
Stadt und Land.
Hoffe mit Gefang und Tanz in 4 Bildern von F. Kaiser.
Vorher:
Ein Hund im Laubenschlag.
Schwank in 1 Akt von Köppler.
Auftritt von Spezialitäten.
Im Saal: Grosser Ball.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.

Carl Hagenbeck's INDIEN
Schaustellungen in der Arena: Wochent. 6 u. 8 Uhr nachm., an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr nachm., im indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Brauerei-Ausschank

der Victoria-Brauerei, Stralau.
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.

Jeden Sonntag und Donnerstag: **Großes Garten-Konzert** und im elektrisch erleuchteten Riesensaal: **Grosser Ball.**
Die Kaffeetische für den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich besond. Sorge getragen.
Um recht regen Besuch bittet hochachtungsvoll
Karl Mittag, Oekonom.

Schweizer Garten.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Saal: **Ball.**

An Wochentagen freier Damenanzug. Auch ist die Kaffeetische von 3-6 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen.
Größeren Vereinen empfehlen wir unter Berücksichtigung ihrer Sommerfeste (Spezial-Sonnabends).

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.
Letzte Saison vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Adalgisa.

Adalgisa Adolf Hoffmann.
Schredensberger: Sonntag 7, Bodent. 8 Uhr.
Anfang: Sonntag 7, Bodent. 8 Uhr.

Pahlmann's Vaudeville-Theater

Schönhauser Allee 148.
Berliner auf Rada.
Burlade in 2 Bildern v. Victor-Roeder.
Vollständig neues Spezial-Programm.
Auf. d. Konz. 4 1/2, d. Vorst. 6 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.
Die Direktion: Ferd. Lehmann.

Max Klien's Sommer-Theater,

Gartenstraße 14/15. - Artistic Director: Paul Milbitz.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Alma und Hans Bellini. Mlle. Dumont, Serpentin-Tänzerin. The Mezzetto's. Karl Gursch, Tanzkomiker. Paul Frey, Humorist. Franziska Wunsch, Operettensängerin. - Neu! Das Gänsegetel. Volkstück in 2 Bildern von Johannes Eigner. - Neu! Karoline. Schwank in 1 Akt von Ely.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
In den Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Reichshallen-Garten-Theater.

Leipzigerstr. 77.
Allabendlich die tollste Burleske
Berlin auf Stelzen!

und 20 erstklassige Spezialitäten, u. a.:

The 9 Torpedoes! Trapnell-Family!

Mlle. Giordani. Francis Willon! Clara Anton! Ferdin. Carlo! und neue Debuts!

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Vorher von 7 Uhr ab: **Garten-Konzert**

Bei ungünstiger Witterung im grossen Theatersaal.
Familien-Soireen täglich gültig.

Actien-Brauerei Friedrichshain

früher Pils. Am Königs-Thor. Heute, sowie jedes Mittwoch:

Jänisch-Konzert

Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments No. 1 (in Uniform).
Anfang 7 Uhr. Entree 10 Pf.

Jeden Mittwoch:
Spargel-Essen.

Horitzplatz. Haus v. Aschinger. 2 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Dr. Simmel

Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112 (nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.

Täglich (Anfang präz. 8 Uhr):
Stettiner Sänger

(Weißel, Vietro, Britton, Siebt, Krone, Böhl, Schneider und Schrader).

Heute zum Schluss:
Eine Soiree bei Lehmann's.

Ostbahn-Parf.

Am Kaiserer Platz. Direktion: H. Imbs.
Täglich:

Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im grossen Saal statt.
Keine neuerbauten Plätze.
Reben Vereinen zur Verfügung.

Bühne v. 2 Mark event. Theilzahlung.
Olga Jacobson, Javalienstr. 145.

Zu warme jedermann, meiner Frau G. Breda etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. Fritz Breda.